

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 1,80 M. Im voraus zahlbar. Vorkosten 4,20 M. einschließlich Postgebühren. Auslandsendungen 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kopierpreisliste 40 Pfennig, Restante alle 2.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das eingedruckte Wort 25 Pfennig (gleichmäßig gedruckt) jedes weitere Wort 2 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, monatlich, von 8—, bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbuchkonto: Berlin 57536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Walfstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 2

Die Parteien in Südslawien.

Kein Wahlrecht mehr! — Gewerkschaften nicht aufgelöst.

Nachdem die Diktatur sofort das Parlament, die Gautage, Kreisverwaltungsausschüsse und Gemeindevereinigungen aufgelöst, sind am 18. Januar drei weitere Gesetzesdekrete erschienen, wodurch das Wahlrecht aufgehoben wird, also die Wahlordnung für die Nationalversammlung, das Gesetz über die Zusammenstellung der Wählerlisten, die Wahlordnungen für die Gautage, Kreis- und Gemeindevereinigungen.

Eine Konferenz im Innenministerium mit den Großgepanen (Oberpräsidenten) behandelte die Auflösung politischer Parteien. Die Auflösung der lokalen Parteien und Organisationen soll den Großgepanen überlassen, dagegen die Auflösung solcher Parteien, die sich auf mehrere Gaue, bzw. auf das ganze Staatsgebiet erstrecken, dem Innenminister vorbehalten bleiben.

Zur Seite des Gesetzes zum Schutze des Staates sind alle Stammes- und Religionsparteien aufgelöst. Man behauptet, daß sich das in erster Linie auf die bosnische Muselmanenpartei, dann die Merikate Partei in Slowenien, die serbische Partei und die kroatische Bauernpartei bezieht.

Zusolge Entscheidung des Innenministeriums soll die bisher von den lokalen Behörden in einzelnen Orten vorgenommene

Auflösung der deutschnationalen und der ungarischen Partei rückgängig gemacht werden.

Die Hauptparteileitung der Sozialistischen Partei Südslawiens gibt bekannt, daß ihr von einem Auflösungsdekret nichts bekannt ist, doch erwartet sie das. Weiter wird mitgeteilt: „Durch die neugeschaffene Bogen und das Versammlungsverbot ist jede öffentliche Aktion der Partei unterbun-

den, weil jede Kritik des gegenwärtigen Regimes verboten ist und nach dem Gesetz zum Schutze des Staates bestraft wird, weshalb auch

Volkssammlungen, auch wenn sie erlaubt werden sollten, keinen Zweck

haben. Die alten Genossen, welche vor 30 und 40 Jahren unter ähnlichen Umständen gelebt haben, werden auch in dieser neuen Situation Rat wissen.“

Die letzte Nummer der „Radničke Rovine“ (Arbeiter-Zeitung, Belgrad) wurde konfisziert. Die Zensur hat außer dem Parteiauftrag auch den Kopftitel „Organ der Sozialistischen Partei Jugoslawiens“ gestrichen. „Radničke Rovine“ in ihrer Neuausgabe bringen auf der ersten Seite an Stelle des Beitritts ein großes Injerat der Parteibuchhandlung in Belgrad.

Einer Deputation des „Bereinigten Arbeiter-Gewerkschaftsverbandes Jugoslawiens“ wurde vom zuständigen Referenten im Innenministerium mitgeteilt, daß vorderhand keine Maßnahmen gegen die Freigewerkschaften geplant sind, solange diese nicht ihren Wirkungsbereich überschreiten oder sonst irgendwie gegen das Gesetz verstoßen.

Im März bzw. April d. J. sollten die Wahlen in die Arbeiterkammern in Lubljana (Laibach) und Belgrad erfolgen. Der Minister für Sozialpolitik erklärte einer Deputation des Sekretariats der Arbeiterkammern, daß er die gegenwärtigen Arbeiterkammern nicht aufzulösen gedenke, und daß dort, wo die Funktionsdauer abgelaufen ist, diese automatisch verlängert wird.

Grundfesten des neuen Reiches gezimmert, während die Gewalten des Kaiserturns das Reich in die Katastrophe führten.

Mit der Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für das allgemeine gleiche Wahlrecht begann der Wiederaufstieg der deutschen Demokratie nach 1848. Lassalles Wirken stand an der Wiege der machtvollen Arbeiterdemokratie, die nach dem Zusammenbruch die Retterin der staatlichen Einheit des deutschen Volkes wurde.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen in dem wir siegen, nun wohlan!

Die deutschen Arbeiter haben es fünfzig Jahre lang gelitten. Sie haben es nicht nur gelitten, sondern erlebt in den Wahlschlachten, die im Kaiserreich die Macht der Sozialdemokratie stärkten und durch die wertvollen Massen zur politischen Anteilnahme aufrüttelten. Ohne sie wäre der 19. Januar unmöglich gewesen!

An diesem Tage brach das demokratische Grundgefühl des deutschen Volkes elementar hervor. Diese Tatsache in ihrer grundlegenden Bedeutung mögen jene bedenken, die immer noch nach der Illusion haften, daß man die deutsche Demokratie eines Tages zerbrechen könne.

Luftangriff gegen Amanullah!

Der Dank für seine Flugzeugbeschaffung.

Der neue afghanische König Habibullah hat den Oberbefehl über alle Streitkräfte Afghanistans übernommen. Zum Kriegsminister ist General Radir Khan ernannt, einer der nächsten Mitarbeiter des neuen Königs während der norangegangenen Kämpfe. Vier afghanische Flugzeuge flogen am Freitag nach Kandahar, um einen Luftangriff gegen Amanullah zu unternehmen. Der neue König erklärte Vertretern der Geistlichkeit, daß alle Reformen Amanullahs abgeschafft werden. Er persönlich sei für die Wiederherstellung des Kalifats.

In der Nähe von Kabul sprengten die Aufständischen während der Kämpfe ein Pulvermagazin in die Luft.

Inayat auf britischem Boden.

Inayatullah und seine Familie haben auf Grund einer Vereinbarung mit dem neuen Emir Habibullah in englischen Flugzeugen Kabul verlassen. Sie sind auf dem Wege nach Kandahar in Beshawar (Britisch-Indien) eingetroffen. (Dieser Weg ist ein Umweg!)

Unruhe in Persien.

Die persische Regierung hat den Grenzschutz gegen Afghanistan verstärkt. Man ist mit den Vorgängen in Afghanistan recht unzufrieden, da man einen reaktionären Einfluß auf Persien befürchtet. Nach persischen Angaben verfügt Amanullah über 4000 Mann Truppen, die in der Lage sein sollen, Kandahar zu schützen.

Zehn Jahre Frauenwahlrecht.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Von Marie Juchacz.

Am 19. Januar 1919 sind die deutschen Frauen zum erstenmal an die Wahlurne gegangen, um das Staatsbürgerrecht, das ihnen durch den Umsturz geworden war, auszuüben. Es ging dabei alles ganz ruhig und selbstverständlich zu. Man muß sich vorstellen, welche Sensation dieser erste Wahlgang unter weiblicher Beteiligung gewesen wäre, wenn wir das Wahlrecht in normaler Zeit, nach vorhergehenden Kämpfen im Parlament durch Mehrheitsbeschluß erhalten hätten. Die ganze politisch interessierte Bevölkerung hätte daran teilgenommen, die Erwartungen und Befürchtungen, die sich an diesen einschneidenden Gesetzesbeschluß knüpften, wären in Versammlung und Presse breit erörtert worden. So aber, in einer Zeit, in der eine Sensation die andere jagte, die Eindrucksfähigkeit der Menschen durch vier Kriegsjahre mit ihren Schrecken, durch Waffenstillstand, Revolution, Spartakusputsch und Hunger abgestumpft war, war der 19. Januar keine Sensation, sondern ruhige Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht.

Aber in Wirklichkeit kann man es sich gar nicht vorstellen, daß das alte kaiserliche Deutschland in eine sachliche Erörterung über das Für und Wider des Frauenwahlrechts eingetreten wäre, ja, wir haben heute überhaupt keine Vorstellung mehr davon, wie groß die Vorurteile waren, mit denen man jeder öffentlichen Betätigung der Frauen gegenüberstand. Ohne die Revolution hätten wir wahrscheinlich noch sehr lange auf die Gleichberechtigung warten können.

Wir denken an die verflochtenen zehn Jahre und eine ganze Reihe von Fragen taucht vor uns auf. Wir sehen die Massen der Wählerinnen und fragen uns: Haben die zehn Jahre Staatsbürgerrecht schon erzieherisch gewirkt? Beschäftigen sich die Frauen richtig und verständlich mit den Fragen des öffentlichen Lebens und bringen sie ihr eigenes Leben immer in die richtige Beziehung zur Staatsgemeinschaft?

Es ist immer noch den Wahlen untersucht worden, wie stark die Frauen sich daran beteiligt haben und wie sie zu den einzelnen Parteien stehen. Und wir sind, von unserer sozialdemokratischen Gesichtspunkt aus mit ziemlicher Bestimmtheit stets zu der Schlussfolgerung gekommen, daß wir noch sehr intensive Erziehungsarbeit zu leisten haben, um die wahlfähigen Frauen — im gleichen Prozentverhältnis wie die Männer — an der Wahl und für die Partei zu interessieren. — Die Möglichkeit für die Frauen, sich politisch zu organisieren (Reichsvereinsgesetz 1908), und das durch die Revolution erhaltene Wahlrecht ist den Frauen in einer Zeit wirtschaftlicher und sozialer Umwälzung gegeben worden, die das Frauenleben ganz besonders stark mit ergreift. Die Stellung der Frau ist wirtschaftlich und sozial einer so starken Veränderung unterworfen worden, daß damit die Entwicklung einer ganz anderen Frauengeneration vor sich gehen mußte. Dieses Heranwachen eines neuen Frauentyps muß notwendigerweise das Erwachen und die Entwicklung der geistigen Teilnahme am öffentlichen Leben begünstigen. Aber ist es nicht ebenso notwendig, daß der männliche Staatsbürger, dem eine viel längere Zeit für seine politische Erziehung zur Verfügung geblieben hat, sich mit den Konsequenzen der politischen Gleichberechtigung und sozialen Entwicklung vertrauter macht, als das bisher geschehen ist? Also nicht nur nach der erzieherischen Auswirkung der Gleichberechtigung auf die Wählerinnen, sondern auch auf die Wähler haben wir Wert zu legen. Und ich komme bei der Beantwortung der gestellten Frage zu dem Schluß, daß hier wohl ein Anfang gemacht ist, die Partei aber noch immer eine Aufgabe zu erfüllen hat.

Es ist in bestimmten Kreisen der Intelligenz und des linksgerichteten Bürgertums üblich — und mir in Frauenkreisen in der letzten Zeit besonders deutlich geworden —, mit einer gewissen Berächtlichkeit von „Parteien“ und „Parteiaktivität“ zu sprechen. Man will sich nicht parteivollständig binden, d. h. man will sich keiner parteivollständigen Disziplin unterwerfen. Es gibt eine ganze Anzahl intelligenter Menschen, die nach Einfluß streben, darunter sind auch sehr viele Frauen. Sie lobieren aber zwischen den Parteien herum und versuchen sich überall das herauszufischen, was ihnen gerade paßt. Und schließlich sind sie unzufrieden, wenn das öffentliche Leben in der bestimmten Schichten der Bevölkerung ihnen keine Einflußsphäre geben. Sie haben nicht begriffen — vielleicht läßt es ein gewisser Dünkel gar nicht zu —, daß man sich im Zeitalter der Demokratie zu einer Partei bekennen muß. Die Sozialdemokratie wird oft genug von Reuten bekämpft oder stark kritisiert, die gar nicht wissen, daß sie selbst sozialistisch denken, die sich noch nicht die Mühe gemacht haben, die Sozialdemokratie, ihre Grundsätze und ihre Taktik richtig anzusehen. Sie nehmen sich dadurch, daß sie sich nicht in Reih und Glied stellen, selbst die Möglichkeit, einen stärkeren Einfluß auf das öffentliche Leben auszuüben.

Dst wird auch die Frage aufgeworfen: Was haben denn eigentlich die gewählten Frauen in den Parlamenten

19. Januar 1919.

Die Geburtsstunde der demokratischen Republik.

Heute vor zehn Jahren — am 19. Januar 1919 — fanden die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung statt. Die Verordnung der Volksbeauftragten vom 30. November 1918 hatte ein provisorisches Reichswahlgesetz geschaffen, den Frauen das Wahlrecht gegeben, das Wahlalter auf 20 Jahre herabgesetzt und die Verhältniswahl eingeführt. Die Zahl der Wahlberechtigten stieg gegenüber der letzten Reichstagswahl auf das Dreifache.

Am 19. Januar gaben 30 400 000 Männer und Frauen ihre Stimmen ab — 83 Proz. der Wahlberechtigten. Der Wahlgang verlief ohne Störung. Eine Woche vor der Wahl hatten in Berlin blutige Straßentämpfe stattgefunden — dennoch wurde auch in Berlin die Wahl durchgeführt, ohne daß es zu Störungen gekommen wäre.

In der Durchführung der Wahl und in der gewaltigen Wahlbeteiligung lag das Biotum des Volkes für die demokratische Republik. Unmittelbar nach dem militärischen Zusammenbruch, nach dem Auseinanderfallen des kaiserlichen Regimes, mitten in der Demobilisation, fand diese Wahl statt. Es scheint heute ein Wunder, daß sie mit solcher Ruhe und Disziplin durchgeführt werden konnte. Es war eine glänzende organisatorische Leistung der Verwaltung — mehr aber noch ein glänzendes Zeugnis politischer Reife des deutschen Volkes.

Das Volk offenbarte den festen Willen seinen Staat selbst zu ordnen, nachdem die Monarchie zerbrochen, der Kaiser gestürzt war. Die deutsche Demokratie trat fest und geschlossen aus den Trümmern des Kaiserreichs hervor. Das Biotum des Volkes vom 19. Januar ist die stänliche Grundlage der Verfassung von Weimar — diese Wahl war ein Akt eines souveränen Volkes, das die Grundlagern seiner staatlichen Verfassung selbst bestimmt.

Ein Volk das in solcher Situation fast bis zum letzten Wähler geschlossen an die Wahlurne geht, muß im tiefsten Innern demokratisch sein. Die deutsche Demokratie war lebendig auch unter dem Kaiserreich trotz der Fesseln die die Verfassung Bismarcks ihr angelegt hatte. Die Tradition von 1848 war nicht erloschen — neben sie aber war die junge Demokratie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung getreten. Der neue Staatsgedanke lebte in den breiten Massen des Volkes, als die moralische Snike des alten Staates noch verächtlich von den vaterlandslosen Geisteslosen sprach. Als die Fesseln fielen, brach er machtvoll hervor. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wurde zur festesten Stütze der Deutschen Republik.

Die Wahl vom 19. Januar verhielt die Hoffnungen derer, die auf einen Verfall des Reichs nach dem militärischen Zusammenbruch spekuliert hatten. Sie war ein Ausdruck der staatlichen Einheit, eine unüberstehbare Grenze gegen staatlichen Zerfall wie gegen innere Anarchie. Wie hätte im Chaos der Niederlage diese Geschlossenheit hervortreten können ohne die Politisierung und Demokratisierung der Arbeiterschaft durch die deutsche Sozialdemokratie! Sie hat an den

getan? Auch hier kommen wir bei der Beantwortung wieder an die parteipolitischen Bindungen, die für die Frauen genau so vorhanden sind wie für die Männer. Es ist öffentlich festzustellen, daß die Frauen in den Parlamenten in diesen zehn Jahren außerordentlich viel an Initiative und Tatkraft entwickelt haben. Das ist geschehen sowohl in der allgemeinen Gesetzgebung wie bei Spezialgesetzen, und sie haben ganz besonders viel Fähigkeit und Ausdauer bewiesen, wenn es sich darum handelte, in einzelnen Gesetzesbestimmungen Rechte für Frauen, Kinder und Jugendliche zu verankern. Und sozialdemokratische Frauen haben sich darin ganz besonders ausgezeichnet, während rechtsstehende Frauen — man denke nur an Paula Müller-Dittfried und die Todesstrafe — bewiesen haben, daß „weibliches Fühlen“ sich durchaus nicht immer von dem Grundsatz des „Aug um Auge, Zahn um Zahn“ entfernt. Aber davon abgesehen muß man objektiv konstatieren, daß die Gesetzgebung der letzten zehn Jahre, von der Verfassung angefangen, ganz unerkennbar den weiblichen Einfluß zeigt. Wenn ich hier nur die Reichswochenhilfe, die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamte, zum Arbeitsrichter und zur beruflichen juristischen Laufbahn erwähne, wenn ich an die Milderung des § 218 des Strafrechts erinnere, das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und das Gesetz über die Jugendgerichtshilfe, das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erwähne, so geschieht das, um nur an einigen auffälligen Beispielen den weiblichen Einfluß auf die Gesetzgebung aufzuzeigen. Dabei ist aber auch zu konstatieren, daß die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen es insofern verhältnismäßig leichter hatten, als sie in ihrem fraktionellen Arbeitskreis nicht so viele Hemmungen zu überwinden hatten. Der Entwicklung und Verwirklichung bestimmter sozialer Gedanken in der Gesetzgebung kommt das passive Frauenwahlrecht sicher zugute, es ist damit schon manche Breche in bürgerlich-männliches Denken geschlagen worden. Natürlich findet auch das seine Grenze in den rein weltanschaulichen Bindungen, bei denen die Frauen (z. B. des Zentrums, siehe Ehegesetzgebung) sicher ebenso starr am Dogmatischen festhalten, wie die Männer.

Aber über alles Erwähnte hinaus muß doch auch festgestellt werden, daß es sowohl im Reichstag wie im Preussischen Landtag — abgesehen vom Präsidium, aber das ist nicht ihre Schuld — kaum ein Amt, eine Funktion, einen Ausschuß gibt, woran Frauen nicht beteiligt sind. Und — wo sie tätig sind, da wachen sie mit Eifer, Pflichttreue, Geschick und Sachlichkeit ihres Amtes. Und gerade dieser Sachlichkeit und dem selbstverständlichen parteipolitischen Einreihen der Frauen ist es geschuldet, daß man von ihrer Arbeit recht wenig spricht. Man nehme es mir nicht übel, daß ich in diesen Tagen, in denen viele Genossinnen auf diese Zeitspanne zurückdenken, der Arbeit der Frauen anerkennend gedenke. Es hätte sich sicher viel hübscher gelesen und vielleicht auch besser gewirkt, wenn das ein Mann getan hätte. Aber gesagt mußte es werden.

Rachschrift der Redaktion. Die Genossin Suchacz hat vollkommen recht, wenn sie bemerkt, daß die Arbeit der Frauen im Parlament, insbesondere die unserer Genossinnen, mehr Anerkennung in der Öffentlichkeit verdient, als sie bisher gefunden hat. Bileleicht liegt das aber gerade daran, daß man sich zu rasch daran gewöhnt hat, die Gleichwertigkeit der Frauen- und der Männerarbeit im Parlament als etwas ganz Selbstverständliches anzunehmen. Jedenfalls gibt es heute keinen mehr, der sich die Mitarbeit der Frauen aus den vertretenden Körperschaften noch wegdenken könnte. Auch ist in den zehn Jahren, seit die Frauen in den Parlamenten sitzen, kaum eine Stimme gehört worden, die sich für die Wiederbeseitigung des Frauenwahlrechts eingesetzt hat. Darin liegt die stärkste Anerkennung sowohl für die Frauen, wie auch für die Sozialdemokratie, die den Frauen das gleiche Staatsbürgerrecht gegeben hat.

Kriegsfahnen in der Bendlerstraße.

Reichswehr flaggt gegen Republik.

Die Gebäude der Reichswehr in der Bendlerstraße, Leipziger und Wilhelmstraße waren gestern reich flaggt. Von allen Fahnenmasten wehten stolz die Fahnen Schwarzweißrot. Sonst hätte in der Wilhelmstraße, Unter den Linden, am Platz der Republik kein Regierungsgebäude Flaggen schmuck angelegt. Dürr und trübe starteten auf der Reichsanzeile, dem Auswärtigen Amt, den preussischen Ministerien die Fahnenflangen in die Nase. Wie in aller Welt kam die Reichswehr gestern zu ihrem Flaggen schmuck?

Groener ist zwar auf den Tag genau vor einem Jahre zum Reichswehrminister ernannt worden. Aber um seiner selbst willen kann kein Minister sein Amt befragen. Es handelt sich um eine monarchistische Demonstration. Am 18. Januar vor 58 Jahren war die Kaiserproklamation in Versailles. Das ist ein Datum, das unter der Monarchie niemals gefeiert worden ist, schon deshalb nicht, weil nicht der 18., sondern der erste Januar 1871 der Reichsgründungstag ist. Dieser 18. Januar wurde zur Kaiserproklamation auch nur deshalb ausgewählt, weil an diesem Tage 170 Jahre früher der Kurfürst von Brandenburg sich selbst in „Königsberg die Königskrone aufs Haupt setzte. Seitdem nannte er sich von „Gottes Gnaden“, die irdische Erlaubnis dazu hatte er freilich gegen den Habsburger Kaiser des alten Deutschen Reiches abgetauft. Und diesen 18. Januar aus der Zeit des trübsten Reichsgeralles soll die Republik feiern?

Der 18. Januar ist eine monarchistische, erst in der Republik gegen die Republik erlaubene Feier. Sie wird einzig vom Reichswehrministerium und — natürlich — auch der Universität begangen. Alle anderen Reichs- und preussischen Ämter denken nicht daran, diesen Unfug mitzumachen. Es wird dringend felt, daß mit diesem Flaggenparatismus der Reichswehr endlich Schluss gemacht wird. Um der Reichswehr willen, die dienendes Glied der demokratischen Republik werden soll, und um der Republik willen, die als einen Ungeheuer den Tag zu betrachten hat, um dem durch die Kaiserproklamation der Hohenzollern Desterreichs Besitzung von Kleindeutschland besiegelt wurde.

Die monarchistische Demonstration des Reichswehrministeriums wurde noch dadurch unterstrichen, daß ebenfalls gestern die Beförderungen der Reichswehroffiziere bekanntgegeben wurden. Das war früher an Kaisersgeburtstag üblich.

Der dänische Verteidigungsminister erklärt gegen Behauptungen Cambourns vor dem Reichsgericht, kein dänischer Generalstabsoffizier habe mit Cambourn in Verbindung gestanden, ein verabschiedeter Generalstabsoffizier habe dies gleichfalls in Abrede gestellt, ein Referent habe erklärt, mit Cambourn nur Handelskorrespondenz geführt zu haben.

Reichstag am 24. Januar.

Der Arbeitsplan bis Ende Januar.

Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat beschlossen, daß die nächste Reichstags Sitzung am Donnerstag, dem 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, stattfinden soll. Als Beratungstoff liegt für diesen Tag der Gesetzentwurf über die Parteigeldempfänger vor.

Am 25. und 26. Januar soll dann das Steuervereinheitlichungsgesetz beraten werden. Montag, der 28. Januar, bleibt sittingsfrei wegen des Parteitages der Wirtschaftspartei.

Am 29. Januar wird der Reichstag voraussichtlich wieder zusammentreten, um die neue Vorlage der Regierung über die Versorgung der Kleinrentner zu behandeln. In den folgenden Tagen soll dann die Handwerkerreform zur Gewerbeordnung auf der Tagesordnung stehen.

Ultimatum an die Reichsregierung.

Beschluß der bayerischen Bauernkammern. — Die Folgen der Agrardemagogie!

München, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Die am Freitag in München von allen bayerischen Bauernkammern veranstaltete Resolution, zu der etwa 500 Bauernvertreter erschienen waren, verlief ohne Zwischenfall. Dazu trug die Begründungsrede des Ministerpräsidenten Dr. Held bei, in der er gleich zu Beginn die mit Landbundgeist künstlich erregten Gemüter dämpfte. Anders als man es sonst von ihm schon oft gehört hat, machte er den verhetzten Bauern plausibel, daß die Not der Landwirtschaft in erster Linie eine Folge des verlorenen Kriegs sei. Zehn Jahre Kriegsende seien eine zu kurze Zeit, um wieder zu einer blühenden Wirtschaft zu kommen. Der Ministerpräsident hat auch, doch nicht allein die Reichsregierung für alle Räte verantwortlich zu machen, denn sie müsse eben ausführen, was der Reichstag ihr vorschreibe.

Rund 10 Milliarden Reichsetat!

Hilferding über Sparmöglichkeiten und Steuern. — Für Erleichterung der Reparationslasten.

Das Reichskabinett hat gestern den neuen Jahresetat für 1929/30 verabschiedet. Der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding sprach am Abend vor Vertretern der Presse über die Schwierigkeiten der Etatsausgleichung, die in großen Kreisen der Wirtschaft sehr unterschätzt würden.

Der Hilferding wies darauf hin, daß das im außerordentlichen Haushalt des Reiches vorliegende Defizit von 650 Millionen Mark unter keinen Umständen leicht genommen werden dürfe. Das ergebe sich am deutlichsten, wenn man von der Kassenlage des Reiches ausgehe, denn auch die Ausgaben des außerordentlichen Etats müßten ja gezahlt werden. Aus den bewilligten Mitteln des ordentlichen Etats, d. h. aus den übertragbaren Ausgabenresten, seien 600 Millionen für den außerordentlichen Etat verbucht und jetzt bereits bis 550 Millionen ausgegeben worden. Nur die Möglichkeit der Schatzwechselausgabe von 400 Millionen, die zum Jahreschluss 1928 fast voll in Anspruch genommen worden ist, stand für die Beschaffung von Kassensmitteln zur Verfügung. Ende Dezember 1928 sei der Gelddruck so stark gewesen, daß vorübergehend neben der Begebung der Schatzwechsel bei der Reichsbahn 150 Millionen, bei der Reichspost 145 Millionen, beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung 10 Millionen, bei der Preußenkasse 100 Millionen geborgt werden mußten. Da wegen der großen Arbeitslosigkeit

an die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung wenigstens 80 Millionen Kredite

gewährt werden müssen, sei für Ende März 1929 sicher mit einem Kassenbedarf von 1 Milliarde Mark zu rechnen. Das 650-Millionen-Defizit des außerordentlichen Etats sei eine höchst ernste Angelegenheit. Die Ausgaben seien gemacht; sie müßten gedeckt werden, und nur die schlechte Lage des Kapitalmarktes verbiete die Anforderungen neuer Anleihen. Um so größerer Nachdruck müsse auf sparsamste Wirtschaft gelegt werden. Schon früher von Dr. Hilferding als Abgeordneter geforderte Bestimmungen würden jetzt in die Reichshaushaltsordnung übernommen. Danach dürfen Ausgaben des außerordentlichen Etats nur noch mit Zustimmung des Finanzministers gemacht werden, und dieser werde seine Zustimmung nur geben, wenn auch die Deckung für diese Ausgaben vorhanden ist.

Die Verfügung über die Ausgaben wird vom Finanzminister abhängig gemacht.

und vor allem wird der bisherige Uebertragungs- und Deckungsvermerk — der bekanntlich besonders bei der Marinewerwaltung zu den Lohmann-Skandalen geführt hat — im Etat beseitigt. Mit der Bemerkung, daß die bisher im außerordentlichen Etat geführten 55 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge jetzt auf den ordentlichen Etat übertragen worden seien, ging Finanzminister Dr. Hilferding auf den Mehrbedarf des Reiches im ordentlichen Etat und auf die neuen Steuererfordernisse über, die wir an anderer Stelle behandeln. Gegenüber den in der Öffentlichkeit vielfach vertretenen Anschauungen, daß der Steuererfordernisse des Reiches aus Ersparnissen bei den einzelnen Ministerien gedeckt werden könnte, so daß Steuererhöhungen überflüssig seien, war der Nachweis des Reichsfinanzministers sehr eindrucksvoll, wie klein die Posten sind, bei denen der Spargedanke überhaupt durchführbar ist. Zwangsläufig und deshalb für Ersparnisse überhaupt nicht zu erreichen, seien

- die Kriegskosten mit 3,4 Milliarden,
- die Ueberweisungen an die Länder mit 3,5 Milliarden,
- die sozialen Ausgaben mit 0,75 Milliarden,
- die Reichsschuld mit 0,45 Milliarden,
- der Personalaufwand einschließlich Heer, Marine und Pensionen mit 1 Milliarde.

so daß insgesamt von den 2,9 Milliarden Reichsausgaben nur rund 800 Millionen zur Prüfung für mögliche Ersparnisse übrig bleiben. 850 Millionen Mark seien von den Resten mehr angefordert worden. Demgegenüber sehe der Reichsetat nur 328 Millionen Mehrausgaben —

Im gleichen Sinne bremsend wirkten auch die sorgfältig aufgesetzten Referate, die sich in nichts von den dunderluch gehörten Reden bei ähnlichen Anlässen der letzten Jahre unterscheiden. Nur der bayerische Landbundführer und deutschnationale Landtagsabgeordnete Brägel hegte gegen die Sozialdemokratie und drohte mit wilden Maßnahmen der Bauern. Ein Teil der anwesenden Bauern war mit der vierstündigen Rundgebung durchaus unzufrieden. Er erklärte offen, daß mit so schönen Reden gar nichts gedient sei und setzte zum Schluss eine Entschliebung durch, in der es heißt:

„Die deutsche Landwirtschaft steht am Ende ihrer Kraft und stellt der Reichsregierung eine Frist bis zum Ende der Ernte 1929. Sind bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt, dann stellt die Landwirtschaft ihre Arbeit und die Besetzung der Städte ein und richtet ihre Wirtschaft nur mehr ein für die Ernährung der Familie und der Diensthöfen.“

Ueber Genossenschafts-, Bäckereien, Brauereien usw., die Auslandsprodukte verarbeiten und in Verkehr bringen, will die bayerische Landwirtschaft im übrigen den Boykott verhängen. Durch die Bezirksbauernkammern sollen Stichproben in den Geschäften vorgenommen und die Namen der Geschäfte veröffentlicht werden, die gegen die Forderung der Bauern verstößen. Eine andere Entschliebung verlangt die Schonung des Besitzes auf steuerlichem Gebiet, Abbau der Sozialkosten und Beiziehung eines landwirtschaftlichen Vertreters zu den bevorstehenden Reparationsverhandlungen.

Unbeständiges Wetter.

Die Telegraphen-Union meldet aus Schwetzn: „Der für den 20. Januar angelegte Landesparteitag der deutschnationalen Volkspartei für Westfalen-Streit ist wegen des unbeständigen Wetters bis auf weiteres abgesetzt worden.“ Auf Schönwetter bei Hagenberg werden sie noch lange warten können!

darunter allein 313 Millionen neue Reparationslast — und 170 Millionen Minderausgaben gegenüber dem vorigen Etat vor, so daß sich Netto nur ein Mehr von 358 Millionen Mark ergebe. Gegenüber dem vorjährigen Voranschlag sei zur Deckung des Mehrbedarfes vorgesehen,

- daß aus den 170 Millionen Mehraufweisungen an Länder und Kommunen vorweg 120 Millionen an das Reich abgeführt werden, daß aus den Ueberüberschüssen der Reichspost 40 Millionen mehr dem Reich zuzuführen,
- daß 165 Millionen aus der Erhöhung der Biersteuer,
- 90 Millionen aus dem Branntweinmonopol,
- 20 Millionen aus der Uebertragung des Erbschaftsteuergesetzes, 104 Millionen aus einem 20prozentigen Zuschlag zur Vermögenssteuer stützen sollen.

Der Minister erinnerte daran, daß die heutige Biersteuererhöhung zurzeit von dem (deutschnationalen!) Reichsfinanzminister Schlieben selbst vorgeschlagen war, und zwar unter Zustimmung der Minister des Zentrums und unter der Zustimmung der Bayerischen Volkspartei. Es bedauerlich die Erhöhung der Steuern sei, so dürfe mit dem Gedanken eines dauernden Defizits unter gar keinen Umständen gespielt werden, und zwar schon mit Rücksicht auf außenpolitische Gründe, die gerade vor den Reparationsverhandlungen von entscheidender Bedeutung seien. Der Reichsfinanzminister führte dann mündlich aus:

Die Regierung hat in Erfüllung ihrer Aufgabe, den Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern zu genügen und dennoch Deutschland die Ordnung seiner Finanzen zu erhalten, neue Opfer für die Wirtschaft vorschlagen müssen. Danach wird das Gleichgewicht im Reichshaushalt gewährleistet sein. Damit ist aber die Frage noch nicht beantwortet, ob die Aufrechterhaltung des Druckes der gesamten Steuern auf mehr als ein Jahr möglich ist und nicht schon die Belastung dieses Jahres mühsam errungene Fortschritte bedroht. Das Primat der Staatswirtschaft gegenüber manchen Wirtschaftserwägungen ist harter Zwang. Es kann sich nicht darum handeln, ein Defizit im Reichshaushalt zuzulassen mit allen daran anknüpfenden Folgen für Wirtschaft und Finanzen, mit der Aussicht auf eine Kassenlage, die den geordneten Gang der Verwaltung stören würde. Es bleibt nur übrig, den Steuerdruck zu verschärfen. Schon einmal, als es galt, die Währung zu stabilisieren, hat Deutschland durch ein Opfer, das zum Teil der Substanz der Wirtschaft entnommen war, den Uebergang zu einer besseren Zeit zu schaffen vermocht.

Jetzt ist die Frage der Endregelung der Reparationen aufgeworfen. Es gilt die Bahn freizumachen für eine Regelung, die Deutschland notwendig eine wesentliche Erleichterung seiner Lasten belagen muß, soll sie wirtschaftlich verträglich sein.

Zus dem ehrlichen Willen, bis zu dieser Lösung auszuhalten, auch mit Anstrengungen die sich für längere Zeit kaum aufrecht erhalten lassen kann der Schluß nicht auf Leistungsfähigkeit, sondern nur auf Leistungswillen gezogen werden. Deutschland zweifelt nicht, daß unabhängige Sachverständige dies erkennen und keine Mühe scheuen werden, das echte Maß der deutschen Leistungsfähigkeit zu ermitteln. Deutschland verzichtet in diesem Augenblick auf Worte der Abwehr gegenüber Forderungen, die ohne Rücksicht auf die echte Wirtschaftskraft Deutschlands und sein anerkanntes Recht auf angemessene Lebenshaltung seiner Bevölkerung erhoben werden. Es hat die Unabhängigkeit der Sachverständigen gefordert und ist der Ueberzeugung, daß besser als Worte die wirtschaftlichen Tatsachen selbst zu seinen Gunsten sprechen werden.

Nach den Angaben des Reichsfinanzministers balanciert der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 9921 Millionen Mark. Er ist also um 358 Millionen höher als der Etat des Jahres 1928. Dieses Steigen der Ausgaben des Reiches ist zu einem wesentlichen Teil zwangsläufig, da allein die Reparationskosten sich um 312,5 Millionen Mark erhöhen und eine Steigerung von 68 Millionen bei den Ueberweisungen an die Länder vorgesehen ist. Ins-

gesamt enthält der Etat Mehrausgaben von 528 Millionen, denen Wenigerausgaben von 170 Millionen gegenüberstehen. Die Mehrausgaben, abgesehen von den bereits oben erwähnten, entfallen auf die produktive Erwerbslosenfürsorge mit 55 Millionen, die Zuschüsse an die Invalidenversicherung mit 15 Millionen, die Krisenfürsorge mit 20 Millionen und andere Mehrausgaben von insgesamt 53,5 Millionen. Die Wenigerausgaben verteilen sich auf die Tilgung bei der Reichsschuld um 50 Millionen, der Versorgungsrenten um 30 Millionen, der Ausgaben der Reichswehr um 23 Millionen, des Notprogramms um 46 Millionen und der Kleinrentner um 15 Millionen.

Soweit diese Angaben bereits ein Urteil gestatten, scheint der Schwere der allgemeinen Finanzsituation entsprechend die Forderung nach Ersparnissen im gewissen Umfange erfüllt worden zu sein. Ob in ausreichendem Maße und an den richtigen Stellen, läßt sich allerdings nicht übersehen und wird erst nachgeprüft werden müssen, wenn der gesamte Etat vorliegt. Immerhin ist die Tatsache bemerkenswert, daß die Erhöhung der Ausgaben nicht viel über die Erhöhung der Reparationslasten hinausgeht, und daß es dem Reichsfinanzminister gelungen ist, den Fehlbetrag, der ursprünglich 850 Millionen betrug, auf etwas über 500 Millionen herabzudrücken.

Entscheidend für die Stellung zu diesen Ersparnissen ist aber die Frage, mit welchen Mitteln sie erzielt wurden. Prüfst man hierfür ist in erster Linie die Höhe der militärischen Ausgaben. Seit 1924 ist Jahr für Jahr die Ausgabe für Heer und Marine gestiegen und zwar von 457,6 Millionen im Jahre 1924 auf 726,6 Millionen im Jahre 1928. Der neue Etat weist eine Ausgabe von 703,8 Millionen auf, bleibt also um 22,8 Millionen hinter dem vorjährigen Ansatz zurück und bringt damit zum erstenmal eine Senkung der militärischen Ausgaben. Als bescheidenen Versuch, die von den Militärs als zwangsläufig angelegene Steigerung der Ausgaben einzudämmen, kann man diesen Rückgang der militärischen Ausgaben wohl ansehen. Angesichts der schwierigen Gesamtlage des Reiches aber wird man diese geringfügige Senkung als unzulänglich betrachten und von der Beratung im Reichstag wesentliche weitere Abstriche verlangen müssen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die sozialen Ausgaben im neuen Etat höher sind als in früheren Jahren. Für die produktive Erwerbslosenfürsorge werden 30 Millionen, für die Invalidenversicherung 15 Millionen, für die Krisenfürsorge 20 Millionen mehr verlangt, während die Ersparnisse bei den Versorgungsrenten und Kleinrentnern rechnerischer Art sind und nicht zu einer Kürzung der Renten führen. Die gesamten Ausgaben des Arbeitsministeriums für die Sozialversicherung steigen von 450,6 Millionen im Jahre 1928 auf 468,5 Millionen im Jahre 1929, die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge von 125 auf 175 Millionen. Insgesamt weist der Etat des Reichsarbeitsministeriums, der im Jahre 1924 nur 165,5 Millionen betrug, für das Jahr 1929 eine Steigerung auf 643,5 Millionen auf. Das ist gegenüber 1928 eine Steigerung um 66,9 Millionen. Auch diese Wendung zum Besseren muß anerkannt werden, ohne daß damit zugleich gesagt ist, daß nicht trotzdem auch innerhalb des neuen Etats eine weitere Berücksichtigung sozialer Wünsche angebracht und möglich ist.

Das Reichskabinett ist bezüglich der Steuererhöhungen dem Reichsfinanzminister gefolgt, so daß die Rechtskreise, die wegen der beantragten Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer bereits mit heftigem Widerstand durch die bürgerlichen Minister, mit Koalitionskrise und ähnlichem gerechnet haben, nicht auf ihre Kosten gekommen sind.

Zweifellos stand der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vor einer überaus schwierigen Aufgabe. Ein zutreffendes Urteil über den neuen Etat muß anerkennen, daß das Jahr 1929 in dreifacher Beziehung ein Notjahr ist. Erstens sind in ihm die Versäumnisse der Finanzpolitik früherer Jahre, durch die alle Reserven aufgezehrt wurden, wieder gut zu machen. Zweitens erhöhen sich die Reparationslasten automatisch. Und drittens wirkt der allgemeine wirtschaftliche Niedergang mit seiner Anspannung der Ausgaben und der Verkürzung der Steuereinnahmen schwere Schotten. Daher wird zweifellos die Verabschiedung des Etats für 1929 sehr erhebliche Schwierigkeiten bieten und an das Verantwortungsbewußtsein der Parteien, deren Vertrauensmänner in der Regierung sitzen, ungewöhnlich große Anforderungen stellen.

Paul Hertz.

Bayerische Volkspartei will austreten.

Sie ist mit der Deckungsvorlage unzufrieden.

Die Reichstagskorrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt unter anderem:

„Von dem Augenblick an, da die Pläne des Reichsfinanzministers über die Einzelheiten der Deckungsvorlage zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen waren, hat sie einzelnen Punkten dieser Vorlage unter keinen Umständen zustimmen können. Die Bayerische Volkspartei hat ihrerseits in der Presse Vorschläge gemacht, die bei einigem gutem Willen der übrigen Parteien durchaus akzeptabel erschienen. Was ist geschehen? Die Deckungsvorschläge des Reichsfinanzministers wurden im wesentlichen angenommen. Um nur zwei Punkte herauszustellen: Die Biersteuer soll um 50 Proz. erhöht werden und damit einen Mehreinnahme von 150 Millionen bringen; der Anteil der Länder an den Ueberweisungssteuern soll um 120 Millionen gekürzt werden. Damit sind die schlimmsten Befürchtungen, die man bezüglich der endgültigen Entscheidung des Kabinetts hegen konnte, nicht nur erfüllt, sondern noch um ein erhebliches übertraffen worden.“

Der Etatsentwurf konnte, wie die Presse trotz der Vertraulichkeit der Kabinettsverhandlungen bereits zu berichten weiß, nicht einstimmig perabschiedet werden. Die sehr einschlägigen abweichende Haltung der Bayerischen Volkspartei, so heißt es weiter, ist durch den Minister im Kabinett zum Ausdruck gebracht worden.

Das Vorgehen des Kabinetts hat also für den Vertrauensmann der Bayerischen Volkspartei im Kabinett eine Lüge geschaffen, die außerordentlich ernst ist.

Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei im Reichstag hat deshalb sofort Veranlassung genommen, die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei auf nächsten Montag telegraphisch zur Stellungnahme einzuberufen.

In politisch-parlamentarischen Kreisen ist man sich des Ernstes der Situation durchaus bewußt. Wir stehen also wieder einmal am Vorabend politisch entscheidungsvoller Tage.

Afghanistan.



Ach die arme Dynastie,
So was überlebt sie nie!

Pariser Heke um die Denkschrift.

Wenn zwei daselbe tun . . .

Paris, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Vor einigen Tagen erklärte der französische Marineminister in der Kammer bei der Verteidigung des französischen Flottenbauprogramms, Frankreich wolle dem Frieden dienen, aber es beanspruche das Recht, sich zu verteidigen. Unter anderem erklärte das gleiche der deutsche Wehrminister in seinem Memorandum. Die französische Presse und zwar auch Unterblätter stimmen der Auffassung des Marineministers zu, haben aber in der des deutschen Wehrministers eine Gefahr für den Frieden. Wie der deutsche Panzerkreuzer einen „neuen strategischen Faktor und den Beginn eines neuen Rüstungswettbewerbes“ darstellen soll, so wird in der Denkschrift Groeners ein höchst gefährliches Militärprogramm entwirrt und auf die Tatsache, daß deutsche militärische Stellen mit der Möglichkeit eines Krieges mit Polen rechnen, als auf ein ganz neues Moment hingewiesen, das auf die internationale Lage die schwersten Rückwirkungen haben könne.

Der „Temps“ genügt auch diesmal seiner Aufgabe, alle streuten Verdächtigungen Deutschlands zu einem eindrucksvollen Ganzen zusammenzufassen. Das Blatt erklärt am Freitag in seinem Leitartikel, der von Anfang bis zu Ende von dem Memorandum handelt, das Dokument stärke über die Möglichkeiten auf, mit deren Aufzeigung man besonders die Sozialdemokraten davon überzeugen müsse, daß Deutschland so starke Verteidigungsmittel besitzen müsse, als der Vertrag es ihm gestalte. Es sei gar nicht sicher, ob die Auffassung der Generale nicht genau so gefährlich für den Frieden sei wie die Angriffstimmung der Reaktionen. General Groener halte offenbar nicht viel von Locarno, Völkerbund und Kellogg-Pakt. Es sei zu hoffen, daß Reichskanzler Müller und Dr. Stresemann eine andere Auffassung befehlen; andererseits müsse man an der Ausdrucksweise des Vertrauens Deutschlands in die Friedenspolitik verzweifeln.

Als Gegner des Panzerkreuzerbaues, die wir waren und bleiben, sind wir um so besser in der Lage, gegen die Stimmungsmache der Pariser Presse Stellung zu nehmen.

Was die Groener'sche Denkschrift besonders charakterisiert, ist ihre Belanglosigkeit und die Schwäche ihrer Argumentation. Wäre genau daselbe Schriftstück seinerzeit regulär veröffentlicht worden, kein Mensch im Auslande hätte sich über seinen Inhalt aufgeregt.

Vom Standpunkt des Reichswehrministeriums ist die jetzt auf illegalem Wege erfolgte Veröffentlichung sehr peinlich. Aber nur gegenüber der eigenen öffentlichen Meinung; denn die „Marinefachleute“ der Bendlerstraße stehen blamiert da und ihre Aussichten für weitere Kreuzerbaupläne, die so mangelhaft gerechtfertigt werden, sind gesunken.

Vom Standpunkt der auswärtigen Politik braucht man die Veröffentlichung nicht zu bedauern; denn sie beweist, daß selbst in einer streng geheimen Denkschrift des Reichswehrministers, die nur für einen ganz engen Kreis bestimmt war, lediglich defensive Motive angeführt wurden. Die Geheimhaltung aus Gründen der „nationalen Verteidigung“ konnte Gott weiß was für gefährliche Gedankenübergänge vermuten lassen, die man nicht nur dem Auslande, sondern auch der friedliebenden erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes um jeden Preis verheimlichen mußte. Statt dessen spricht aus der Denkschrift ausschließlich eine offenkundig übertriebene Angst vor polnischen Angriffsplänen. Daneben werden „hochpolitische“ Gedankengänge über die englisch-russische und die italienisch-jugoslawische Spannung und die Unvermeidbarkeit kriegerischer Konflikte entwickelt sowie über die Notwendigkeit der Wahrung der deutschen Neutralität — Gedankengänge, die nur von dem außenpolitischen Dilettantismus der Bendlerstraße zeugen, keineswegs aber von finsternen Offenwipplänen der eigenen Wehrmacht.

Es ist aber ein starkes Stück, wenn der „Temps“ in Tönen süßlicher Entrüstung die Frage aufwirft, ob denn Müller und Stresemann ebenso wenig an Locarno, an den Kellogg-Pakt und an den Völkerbund glauben wie Groener und die deutschen Reichswehrgeneräle. Diese Frage müßte der „Temps“ mindestens mit demselben Recht den eigenen Ministern Bainlevé, Lagues und auch Briand stellen die gegenwärtig Rüstungspläne ganz anderer Art durchzuführen.

Richtig ist, daß Locarno, Völkerbundsstatut und Kellogg-Pakt sinnlos werden, wenn man überall trotz alledem Milliarden für Rüstungen zum Fenster hinauswirft. Um so mehr müssen wir es entschieden zurückweisen, wenn französische Journalisten, die tagtäglich Militarismus und Imperialismus predigen oder begünstigen, pharisäerhafte Entrüstung über die inhaltslose Groener'sche Denkschrift martieren und mit frommem Augenaufschlag den Geist des Locarno-Paktes, des Völkerbundsstatuts und des Kellogg-Paktes anrufen!

Polen und die Groener-Denkschrift.

Warschau, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Die Presse der so ungehörtlich rüstenden Pilsudski-Regierung benutzt natürlich die Londoner Veröffentlichung der Groener-Denkschrift zu einem profunden Entlastungsmanöver. Aber auch demokratische Politiker weisen darauf hin, daß die Veröffentlichung kurz vor der Diskussion des nationaldemokratischen Antrags gegen die

Rheinlandräumung erfolgt ist und den Deutschland-Feinden starke Trümpe in die Hand spielt.

Die offiziöse „Epoka“ sagt, daß Polen kainerlei Appetit auf deutsche Gebiete besitze und keinerlei Maßnahmen und Schachzüge in dieser Richtung betreibe. Das Epoké des Außenministers Jakseli habe hierüber nicht die geringsten Zweifel beibehalten. Das Blatt greift Groener scharf an und bezweifelt, daß er seine Denkschrift nur auf Grund solcher Informationen verfaßt habe. „Niemand wird es wagen“, sagt das Blatt wörtlich, „an der Ehrlichkeit und Ueberzeugung des deutschen Reichskanzlers Müller zu zweifeln. Aber während der Reichskanzler erst vor kurzem betont hat, daß der Bau des Panzerkreuzers keinerlei militärische Zwecke verfolgt, enthält die Denkschrift ganz andere Hintergründe.“

PPS. für Rüstungseinschränkungen und gegen Groener-Denkschrift.

Warschau, 18. Januar. (Eigenbericht.)

In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses gab Genosse Dr. Liebermann folgende Erklärung ab:

„Als polnischer Sozialist, der vom Regierungslager verdächtigt wird, dem polnischen Staate im Auslande zu schaden, behaupte ich, daß die in der Groener'schen Denkschrift enthaltenen Voraussetzungen, daß Polen einen Ueberfall auf deutsches Staatsgebiet plane, Lügen seien, die nur dazu dienen sollen, die deutschen Rüstungen zu begründen. Daraus müsse Polen die Lehre für sich ziehen, um nicht auf Grund von Fiktionen auch im eigenen Lande die Rüstungen herauszuheben. Die polnischen Rüstungen entsprechen lediglich der internationalen Lage und haben nicht zum Zwecke, irgendeinem der Nachbarn Polens Land fortzunehmen.“

Dr. Liebermann hatte bekanntlich in der vorgestrigen Sitzung einen Antrag auf Herabsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr und Verringerung des Heeresbestandes um 25 Proz. gestellt, was ihm von seiten des Regierungslagers die schärfsten Vorwürfe, auf die er in seiner Erklärung antwortete, eingebracht hat.

Kellogg-Pakt in Warschau ratifiziert.

Warschau, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Der polnische Ministerrat hat in seiner heutigen Nachmittags-sitzung den Kellogg-Pakt ratifiziert und die Ueberweisung an das Parlament veranlaßt.

Afghanistan zerfällt!

Die abenteuerliche Frucht Amanullahs.

London, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Wie jetzt bekannt wird, beruht die seinerzeit verbreitete Meldung, wonach Amanullah im Flugzeug von Kabul nach Kandahar geflohen sei, auf einem Irrtum. Amanullah war vielmehr gezwungen, im Auto zu fliehen, da Bachai Saka bereits den Flugplatz besetzt hatte. Die Flucht Amanullahs vollzog sich unter den abenteuerlichsten Umständen, da der Östlich hierbei teilweise von feindlichen Stämmen besetztes Gebiet durchqueren mußte, wobei Schneeperwehungen die Fahrt noch besonders erschwerten.

Amanullah hat den Gouverneur von Kandahar angewiesen, die königliche Standarte, die am Tage seiner Ankunft aufgezogen worden war, herunterzunehmen, da er nicht länger König von Afghanistan sei.

Die im einzelnen noch stark widersprechenden Berichte stimmen mehr oder weniger darin überein, daß Afghanistan nun in verschiedene Teile gespalten ist. Amanullah beherrscht das Gebiet von Kandahar und Baflo-Saka mit den Mangal-Stämmen Kabul, während in anderen Teilen weder der eine noch der andere sich auf eine sichere Gefolgschaft berufen kann. Nur der Schneeschmelze im Frühling werden größere Kriegsmöglichkeiten nicht erwartet.

Krach im Nationalrat.

Ein Pfarrer verteidigt die gewalttätigen Heimwehler.

Wien, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat kam es zu häßlichen Szenen bei der zweiten Lesung des Staatshaushalts. Als der christlichsoziale Pfarrer Raab die Heimwehren verteidigte, riefen ihm die Sozialdemokraten stürmisch zu, es sei ein Skandal, daß er als Pfarrer den Verteidiger der Heimwehren spiele. Genosse Abram-Tirol schilderte dann das Treiben der Heimwehren bei ihrem Aufmarsch in Innsbruck und erteilte die Beschwerde Kolbs, daß die Eisenbahner damals die Arbeit eingestellt hätten, mit der Feststellung, die Eisenbahner hätten durch ihre Arbeitseinstellung zweimal Tirolo gerettet. Diese Äußerung entfachte bei den Christlichsozialen ein minutenlanges Toben, das schließlich in Auseinandersetzungen zwischen rechts und links sein Ende fand.

Die jüdischen Brandstifter gehen in Dresden eine eigene Zeitung heraus, die den Namen „Arbeiterpolitik“ führt.

Verschlechterung durch Reform?

Das Arbeitsschutzgesetz in der Reichsratsfassung.

Der Reichsarbeitsminister Wissell hat in der öffentlichen Besichtigung des Reichsrats vor der Schlussabstimmung hervorgehoben, daß durch die Beratungen zum Teil beachtenswerte Verbesserungen in den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes hineingebracht worden seien. Nach diesem kleinen Kompliment hat der Reichsarbeitsminister jedoch sofort mit Nachdruck gegen die Ausschlußbeschlüsse in der Frage der Kostendeckung und der neuen Arbeitszeitbestimmung für die kleinen Betriebe, die bis 5 Arbeiter beschäftigen, Stellung genommen.

Die Differenz in der Kostendeckungsfrage ist in der Schlussabstimmung wieder beseitigt worden. In der Ausnahmebehandlung der kleinen Betriebe blieb es jedoch bedauerlicherweise bei dem Ausschlußbeschluss, obwohl der Reichsarbeitsminister ausdrücklich hervorgehoben, daß die Reichsregierung nach eingehenden Erwägungen zu der Ueberzeugung gekommen sei, durch die Fassung des Entwurfs allen Ansprüchen auch aus handwerklichen Kreisen zu genügen zu können. Der Ausschlußbeschluss schließt nach der Auffassung des Arbeitsministers weit über das Ziel hinaus. Tatsächlich schafft er eine generelle

Ausnahmebehandlung der kleinen Betriebe.

Die Ausnahmebehandlung der kleinen Betriebe, die gefährliche Folgen für die Arbeitszeitregelung heraufbeschwört und auch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefährdet, muß verschwinden. Am besten wäre es, wenn der Reichstag sich erst gar nicht mit ihr beschäftigen müsste. Sollen

überflüssigen Mittelstandvertretern zuliebe im Reichstag Kämpfe entfesselt werden? Doch alle Gewerkschaften und mit ihnen die sozialdemokratische Fraktion gegen die unnötige neue Bevorzugung der kleinen Betriebe mit aller Energie ankämpfen werden, liegt auf der Hand. Die Reichsregierung sollte daher, bevor die Vorlage an den Reichstag geht, den Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen. Es gibt noch genug wichtige Probleme, die bei der Erörterung der Arbeitsschutzgesetzesvorlage im Reichstag behandelt werden müssen.

Da ist zum Beispiel die Frage der Arbeitsaufsicht.

über die noch ein ernstes Wort gesprochen werden muß. Im Reichsrat ist, soweit man im Augenblick sieht, in diesem Punkt die Vorlage so gut wie unverändert geblieben. Die Partikularisten verschiedener Länder haben natürlich für die Forderung der freien Gewerkschaften auf Schaffung einer Reichsarbeitsaufsicht, die diesen Namen auch verdient, nichts übrig. Hoffentlich hält da der Reichstag hier noch manches nach.

Auch sonst bietet die Vorlage nach den vom Reichsrat vorgenommenen Veränderungen für die Gewerkschaften ein wenig erfreuliches Bild. Es wird bei genauer Betrachtung der Verhandlungsergebnisse des Reichsrats manche Verbesserung sichtbar. Ein endgültiges Urteil ist natürlich erst möglich, wenn das Gesamtergebnis der Reichsratsberatungen veröffentlicht ist.

Wie lebt der deutsche Arbeiter?

Herrn Parker Gilbert gewidmet.

Von Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

Die Löhne der Reichs- und auch der preussischen Staatsarbeiter bewegen sich auch heute noch, nach den Ortsklassen gestaffelt, zwischen 40 und 75 Pf. pro Stunde für den ungelerten Arbeiter und zwischen 65 Pf. und 1 M. pro Stunde für den gelernten Handwerker. Das Gros der ungelerten Reichs- und preussischen Staatsarbeiter befindet sich an Orten, wo das Netto-Einkommen eines ungelerten Arbeiters sich zwischen 24 und 30 M. pro Woche bewegt, das des gelernten Handwerkers zwischen 32 und 40 M. Das sind Löhne, die nicht einmal zur allernotwendigsten Befriedigung der Lebensbedürfnisse ausreichen. Irgendwelche Möglichkeiten, durch Anordnungsarbeiten oder sonstige Zulagen etwas mehr zu verdienen, besteht für diese Arbeiter nicht.

Bei allen Lohnbewegungen der letzten Jahre ist den Arbeitern vom Reichsfinanzministerium immer wieder vor Augen gehalten worden, daß die Reparationsverpflichtungen es nicht zulassen, höhere Löhne zu bezahlen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Herren Sachverständigen und besonders der Reparationsagent, um die wirkliche Lage des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft einmal lernen zu können, sich einmal die Mühe machen würde, in den Haushalt eines solchen Arbeiters etwas Einblick zu halten.

Die berufsbliche Arbeitslosigkeit.

Das Regimium als Regel.

Der „Grundstein“, Organ des Deutschen Bauergewerbvereins, beschäftigt sich in einem ausführlichen Aufsatz mit der praktischen Durchführung der Anordnung über berufsbliche Arbeitslosigkeit durch die Organe der Reichsanstalt. Er wendet sich mit Recht dagegen, daß die Maximalfrist von vier Monaten in so weitem Umfang ausgenutzt wird. In interessanten Untersuchungen führt er den Nachweis, daß bei einer vernünftigen Organisation der Bautätigkeit für eine so weitgehende Anwendung der berufsblichen Arbeitslosigkeit kein Grund besteht. Zum Schluss des Aufsatzes heißt es:

Ständen der Wohnungswirtschaft diese von ihr aufgebrauchten 800 Millionen Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung, so würde die Bauarbeiterschaft nicht nur im November und Dezember beschäftigt werden können, sondern durch technische Hilfsmittel und planmäßige Organisation der Arbeit würden auch die Witterungseinflüsse in den Monaten Januar und Februar weitgehend überwunden werden sein.

Die wirtschafte- und steuerpolitische Sünde, die in der Vermehrung von Hauszinssteuermitteln für den allgemeinen Finanzbedarf der Länder liegt, haben bisher schon die Wohnungslosen durch jahrelanges Warten und die Bauarbeiter durch monatelange Arbeitslosigkeit büßen müssen. Jetzt werden die Bauarbeiter für diese Sünde, die nicht die ihre ist, noch besonders bestraft, indem die daraus entstehende Arbeitslosigkeit aus durchaus natürlichen und berufsblich hingestellt und den Bauarbeitern die Unterfütigung entzogen wird. Kein Wunder, wenn sich die Bauarbeiter bei dieser ungerechten Behandlung nicht beruhigen wollen.

Wenn die noch ausstehenden Entscheidungen für die übrigen Landesbauarbeiterbezirke ebenso ausfallen wie die hier angeführten,

eine dreieinhalb- bis viermonatige Arbeitslosigkeit, die mindestens zum großen Teil lediglich konjunkturell bedingt ist, amtlich für berufsblich erklärt wird, dann müssen wir schon heute die Forderung auf eine grundsätzlich andere Regelung für das nächste Jahr, wenn nicht auf eine Nachprüfung der Entscheidungen der Landesbauarbeiterämter erheben.

Legitimationsfrei.

In den sächsisch-thüringischen Webereien.

Die Arbeiterschaft in den sächsisch-thüringischen Webereien arbeitet schon seit Ende September ohne Tarifvertrag. Ihre Lohnforderung wurde von den Unternehmern glatt abgelehnt, trotzdem von einem schlechten Geschäftsgang abzuwenden die Rede sein kann. Da nun erneut jede Lohnerhöhung von den Unternehmern abgelehnt worden ist, sind in den letzten Tagen 16 Betriebe im Tarifgebiet in den Streik getreten. In Gera vier Betriebe mit 1200 Arbeitern und Arbeiterinnen, Langenberg ein Betrieb mit 250 Arbeitern und Arbeiterinnen, Greiz zwei Betriebe mit 800, Glauchau vier Betriebe mit 1700 und in Meerane fünf Betriebe mit 11 000 Arbeitern und Arbeiterinnen.

Auch im Streik in der Leppichindustrie ist eine Verschärfung eingetreten. Nachdem in München-Bernsdorf fünf Betriebe der Leppichindustrie mit etwa 1100 Arbeitern am 10. Januar in den Streik getreten sind, folgten nun auch die Betriebe der Leppich- und Filzindustrie in Gera, so daß die Zahl der Streikenden in dieser Industrie auf ungefähr 2100 stieg. Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt rund 6000.

Abfuhr für Moskau.

Die Fabrikarbeiter für Amsterdam.

Dies hat wieder einmal eine Schlichter verloren. Die Berliner Fabrikarbeiter haben seinen Beschlüssen nicht Folge geleistet, sondern sich in ihrer Mehrheit wieder zu den „Reformisten“ begeben.

Bei den Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung am Donnerstag hat die sogenannte „revolutionäre Opposition“ die verdiente Quittung für ihre verlogene und organisationsfeindliche Heftigkeit bekommen, die sie in der letzten Woche gegen die Ordoerhaltung getrieben hat. Kategorisch hatte Fried seinen Namen befohlen, 60 Proz. der Generalversammlungsdelegierten aus den Reihen der Opposition zu stellen. Mit rund 30 Prozent, also genau der Hälfte der erstellten Generalversammlungsämter mußten sie sich begnügen. Im Bezirk Prenzlauer Berg, den die Amsterdamer im Vorjahre erobert hatten, gelang es ihnen zwar, mit einer Stimme Mehrheit über die Amsterdamer einen „Sieg“ davonzutragen, wofür ihnen aber die Bezirke Ober- und Nieder-Hagenhof von den Amsterdamern abgenommen wurden.

In Lichtenberg und im Bezirk Kreuzberg blieben die für die kommunistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen gegenüber den Zahlen des Vorjahres erheblich zurück. So erhielten z. B. im Bezirk Kreuzberg auf die Amsterdamer Kandidaten 88 und auf die Kommunisten 36 Stimmen, während im Vorjahre das Verhältnis noch 94 : 88 für Amsterdam war. In der scheinbar Mehrheit der Lichtenberger Gewerkschaftsgruppen in der Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter ist also auch durch die diesjährige Wahl nichts geändert worden.

Dieses Resultat ist um so erfreulicher, als gerade diesmal zur Wahl der Fabrikarbeiter von der sogenannten Opposition mit den verwerflichsten Mitteln gearbeitet worden ist. Soweit an dem Ver-

leumdungsfeldzug gegen den Fabrikarbeiterverband Beute beteiligt gewesen sind, die in den Reihen dieser Organisation selbst stehen, werden sie von der Organisation wegen ihrer gewerkschaftsschädigenden Tätigkeit noch zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Ausgang dieser Wahl hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß das Gros der Berliner Fabrikarbeiter es ablehnt, mit solchen gewerkschaftsfeindlichen Elementen Schulter an Schulter zu stehen. Sie haben es satt, ihre Gewerkschaft zum Spielball der Moskauer Spaltungspolitik machen zu lassen.

Die Klauen der „Nordwestlichen“.

Der erste Ruhrschiedspruch rechtlich einwandfrei.

Der Professor der Rechte an der Universität Köln Franz Hanmann veröffentlichte (siehe eine juristische Erörterung über den Schiedsbruch im Ruhrstreik) die angelegentlich besprochenen Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts von hervorragender Bedeutung ist. Der Streitpunkt, der dort zur Entscheidung stehen wird, ist bekanntlich die Frage, ob, wenn in der Schlichterkammer ein Mehrheitsbeschluss nicht erzielt werden kann, weil der Schlichter sich weder der Ansicht der Arbeitgeber noch der Ansicht der Arbeitnehmer anzuschließen vermag, der Schlichter allein einen Schiedspruch rechtsgültig erlassen könne.

Während die erste Instanz diese Frage verneint hatte, hat in zweiter Instanz das Bundesarbeitsgericht Duisburg entsprechend der auf Seiten der Arbeitnehmerherrschenden Auffassung für die Rechtsgültigkeit eines solchen mit der Stimme des Schlichters allein erlassenen Schiedspruches ausgesprochen.

Professor Hanmann, der durch eine scharfsinnige Arbeit über das Wesen der Mehrheitsentscheidung zur Erörterung gerade der vorliegenden Frage eine besondere Zuständigkeit besitzt, stellt sich mit eindringlicher und einleuchtender Begründung auf den Standpunkt des Berufungsgerichts, also den Standpunkt der Rechtsgültigkeit des Schiedspruches im Ruhrstreik. Er führt insbesondere aus, ein Schlichtungsrecht, das einen gerechten Arbeitsfrieden zu vermitteln und nötfalls zu erzwingen bestimmt sei, könne unmöglich dem staatlichen Schlichter die unglückliche Rolle zugedacht haben, nur zwischen den übertriebenen Parteiforderungen der beiden Streitparteien zu wählen.

Soll der Schlichter nicht zum Spielball der Parteinteressen werden, so muß ihm bei Unmöglichkeit einer Verständigung das Recht zugesprochen werden, einen vermittelnden Schiedspruch zu fällen, der sich weder mit der Ansicht der Arbeitnehmer noch mit der Ansicht der Arbeitgeber in der Schlichterkammer zu decken braucht.

*) Die Mehrheitsentscheidung in Rechtsprechung und Schlichtung und der Schiedsbruch im Ruhrstreik. Verlag Walter de Gruyter u. Co., Berlin W. 10. Preis 1 M.

Rudolf Behrend

Die Verwaltungskasse Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat einen schweren Verlust erlitten. Noch nicht 53 Jahre alt, ist ihr Angestellter, der Genosse Rudolf Behrend, plötzlich und unerwartet verstorben. Dreundreißig Jahre gehörte er keiner Organisation an. Trotz der Schwierigkeiten, vor dem Kriege für die gewerkschaftliche Organisation zu wirken, belietete er vom Jahre 1906 bis 1914 verschiedene ehrenamtliche Funktionen in Berliner Großbetrieben, bis ihm seine Kollegen im Jahre 1914 als Angestellter wählten. Überall stellte er seinen Mann. So war er auch als Beisitzer im Komitee der Gewerkschaften und im sozialdemokratischen Arbeiterverband tätig. Trotz seiner jahrelangen tüchtigen Krankheit hat er mit Fleiß und Pflichtigkeit alle seine Aufgaben erledigt.

Die Berliner Ordoerhaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes verlor einen guten Berater und Freund, dessen Wirken für die große Sache der Arbeiterbewegung stets ein Vorbild, besonders für die jüngere Generation, sein wird.

Abstimmung der Forderungen des Berliner Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 19. Januar, im Saal des Berliner Arbeitervereins, Schöneberg, in der Nähe des Hauptbahnhofs, abends 7 Uhr.

Generalsversammlung des Berliner Arbeitervereins am Sonntag, den 19. Januar, im Saal des Berliner Arbeitervereins, Schöneberg, abends 7 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand des Vereins. 2. Bericht über den Stand der Arbeit. 3. Bericht über den Stand der Finanzen. 4. Bericht über den Stand der Mitglieder. 5. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 6. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 7. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 8. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 9. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 10. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft.

Freie Gewerkschaften Jugend Groß-Berlin

Abstimmung der Forderungen des Berliner Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 19. Januar, im Saal des Berliner Arbeitervereins, Schöneberg, abends 7 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand des Vereins. 2. Bericht über den Stand der Arbeit. 3. Bericht über den Stand der Finanzen. 4. Bericht über den Stand der Mitglieder. 5. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 6. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 7. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 8. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 9. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 10. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft.

Generalsversammlung des Berliner Arbeitervereins am Sonntag, den 19. Januar, im Saal des Berliner Arbeitervereins, Schöneberg, abends 7 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand des Vereins. 2. Bericht über den Stand der Arbeit. 3. Bericht über den Stand der Finanzen. 4. Bericht über den Stand der Mitglieder. 5. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 6. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 7. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 8. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 9. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 10. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft.

Generalsversammlung des Berliner Arbeitervereins am Sonntag, den 19. Januar, im Saal des Berliner Arbeitervereins, Schöneberg, abends 7 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand des Vereins. 2. Bericht über den Stand der Arbeit. 3. Bericht über den Stand der Finanzen. 4. Bericht über den Stand der Mitglieder. 5. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 6. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 7. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 8. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 9. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft. 10. Bericht über den Stand der Arbeiterschaft.

Krank- und Sterbekasse

der im Gemeinen Verlebenswesen beschäftigten Personen und Verwandten Berufsgenossen

„Eintracht“ (V. a. G.)

Bureau: Berlin N 54 Mal Str. 19.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

am Montag, dem 19. Februar 1918, Uhr, im Hotel „Kaiserhof“

Stroße 14, Ecke Simon-Denk-Strasse

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1918
2. Wahl des Vorstandes und Ausschusses
3. Bericht der Rechnungsprüfer
4. Verschiedenes

Der Vorstand.

Ischias

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Verkäufe

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Arbeitsmarkt

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Kaufgesuche

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Stellengesuche

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Musikinstrumente

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Verschiedenes

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Wenig getragene Jadelamelle, teils auf Seite 18. Am Hofmannstraße 47

Explosion bei der Bewag.

Schwere Verwüstungen im Umschaltwerk Rathausstraße. — Mehrere Stadtteile ohne Licht.

Im Umschaltwerk Rathausstraße zwischen der Spandauer und Jüdenstraße gegenüber dem Berliner Rathaus ereignete sich gestern Abend im obersten Stockwerk in dem sogenannten 30 000-KV-Haus eine schwere Explosion.

Gegen 7 1/2 Uhr erkante im obersten Stockwerk des Umschaltwerkes Rathausstraße plötzlich eine heftige Detonation. Über den Fahrplan in der Rathausstraße projizierte ein Steinregen nieder.

Eine Erklärung der Bewag.

Von der Direktion der Bewag wird zu dem eigenartigen Explosionsunglück folgendes mitgeteilt: Im Umschaltwerk Rathausstraße erfolgte ein heftiger Übererschlag an einem Oelbehälter, der ein Kabel abschaltete, wobei größere Mengen Oel austraten.

Im Kohlenbunker verschüttet.

Vier tödliche Unfälle.

Auf dem Betriebsbahnhof der Nord-Südbahn in der Müllerstraße 49a ereignete sich gestern nachmittags ein schwerer Unglücksfall, bei dem der 31-jährige Arbeiter Max Kleinf aus der Londoner Straße zu einem entsetzlichen Tod fand.

zulegen. Diese Nachlässigkeit sollte dem Manne zum furchtbaren Verhängnis werden. Er hatte kaum den Bunker betreten, als plötzlich vom Kesselhaus auf automatischem Wege eine Entleerung vorgenommen wurde.

Ein weiterer schwerer Unfall mit tödlichem Ausgang trat sich gestern um 14 Uhr in nächster Nähe des Bahnhofs Biesdorf zu. Dort wurde der 50-jährige Monteur Friedrich Fejer aus der Beuffelstraße 27 zu Moabit beim Ueberstreiten der Gleise von einem Güterzug erfasst und auf der Stelle getötet.

Auch der Straßenverkehr forderte gestern wieder ein Todesopfer. Auf der Charlottenburger Brücke geriet der 27-jährige Dipl.-Ingenieur Max Köhricht aus der Güntelstraße 19 in Wilmersdorf nach Verlassen eines Autos unter eine Kraftmaschine.

Der Goldmacher von Eppan.

Was in Bayern geglaubt wird!

Bozen, 18. Januar.

Hier wurde auf Grund zahlreicher Anzeigen aus München ein Riesenbetrag aufgedeckt, bei dem eine Reihe bayerischer Persönlichkeiten um über zweiundsiebzig Millionen Reichsmark geschädigt wurden.

In Eppan, westlich von Bozen, besaß seit ungefähr drei Jahren das Ehepaar Franz und Theresia Tausend das Schloss Palsch. Vor einiger Zeit kauften die beiden ebenfalls in Eppan das Schloss Nischberg.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin der SPD

Den Toten der Revolution

ist da morgen, Sonntag, den 20. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, im Mercedes-Palast, Neukölln, Hermannstr. 212/16, stattfindende Feierstunde gewidmet

Mitwirkende: Der Gemischte Chor Gr.-Berlin (Mitgl. des A.S.B.) unter Leitung von Georg Oscar Schumann, Ansprache: Mathilde Wurm, M.d.R. / Musikdarbietungen Eintritt 30 Pf. Karten sind an der Kasse zu haben

Präsident er selbst amierte. Er verbrachte alljährlich mehrere Monate in München, wo es ihm dank seinem sicheren Auftreten gelang, zu vermögenden Kreisen gute Beziehungen zu erhalten.

Vor einiger Zeit berief er noch eine Generalversammlung der angebliehen Gesellschaft ein und erklärte, er wolle zur bevorstehenden Kapitalerhöhung seinen bisherigen Freunden das Vortrecht einräumen.

Es scheint, daß die allgemeine Bildung der Münchener Geldgeber im umgekehrten Verhältnis zu ihren Kapitalien steht. Und darum wollen wir Ihnen den Reinsfall gönnen!

Die Versicherungen des Herrn Brings.

Dr. Kennert vor Gericht — Aufmarsch von 35 Zeugen.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen den Schriftsteller und Kaufmann Dr. Max Kennert. Diese Strafsache beschäftigt die Staatsanwaltschaft bereits seit dem Jahre 1926, und die Anklage ist schon im Dezember 1927 erhoben worden.

Wie erinnertlich sein dürfte, hatte Dr. Kennert mit einer Reihe von Filmgesellschaften, u. a. dem Henny-Borten-Film, Eichberg-Film, National-Film, Versicherungen für die Lloyd Corporation in London, die größte Versicherungsgesellschaft der Welt, abgeschlossen.

Ueber seine Persönlichkeit gab der Angeklagte an, daß er 1888 in Berlin geboren sei, studiert und in Heidelberg als Dr. jur. promoviert habe. 1920 war er zunächst Hilfsreferent im Reichsfinanzministerium und trat dann als Kolonial-

Der Aufbruch des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gechart Hertmann Mostler

1. Hoftheater.

Vor dem einzigen Wirtshaus des Dorfes Oberpeißchen, dessen wenige Häuser sich um die Straße zwischen der prunkvollen Königstadt Dresden und der kleinen Herzogsresidenz Bernburg eng und überkriechend drängten, hatte eben ein Reisewagen gehalten.

Der Passagier kletterte leise fluchend aus dem Wagen und ging langsam zum Gasthaus hinüber, dessen niedere Stube trotz des warmen Märztags noch stark geheizt war.

heran, von zwei dicken schweißenden Braunen gezogen, und hielt mit scharfem Auf. Auf dem Kutschbock saß ein bärtiger Mann in blauer Schürze, ein Handwerker anscheinend, der Materialien aus Leipzig oder Dresden geholt haben mochte.

Die dicke Wirtin patzte mit dem schwappenden Glas über die Straße. „Ranu, herr Mengel Worum denne so kaltemitt?“

Der Mann trank hastig. „Ich will zu de Bürgerversammlung heute amend!“

Die Wirtin schüttelte den Kopf. „Aee, was ihr amwer oo jor Fismatanten mach! Seid er denn alle verrickt jomorn? Eich jehst doch nich schlecht!“

Der Gast brannet lächelte. Selbst durch Anhalt-Bernburg wehte die Zeit...

„Das verstehn Se niche, Frau Schulzen! Ich komme ämen aus Dräsdn — da solln Se ma jahn, wies da jeh! Trade, wie ich abfuhr, brannet das Hoftheater runner!“

Der Fremde stürzte plötzlich aus dem Gastzimmer auf die Straße und zum Wagen hinüber, so schnell sein kurzer Körper wollte. „Was sagen Sie? Das Dresdner Theater brennt!“

„An wie! Schade drum: es war en schenes Tebeidel!“ Der große Kopf des Fragenden wurde leichenbläß.

Seine hand krallte sich zitternd in die blaue Schürze: „Ist das wirklich wahr, das Hoftheater? Das Hoftheater... Sind Menichen verbrannt? Ist vielleicht ein Kräfttelt Semper —“

„Aee, nee, beruhigen Se sich doche! Es is keener nich verbrannt!“ Der Fremde fuhr sich mit beiden Händen an den Kopf. „Sa, wie ist denn das gekommen? Wie konnte denn das kommen? Ich verstehe das nicht — das ist ja fürchterlich —“

Der Mann auf dem Kutschbock zuckte die breiten Achseln. „Das wech mer noch niche. Wer sa't, die Revolutionäre han es anjebrennt!“

„Unfunt! Was haben denn die Revolutionäre mit dem Theater zu tun!“

„Sahn Se, das sa'e ich oo.“ Der Handwerker sah den Aufgeregten mitleidig an. „Ein Sie von das Theater?“

„Na, atthee oo, Frau Schulzen! Atthee, harr Nachbar! Treestn Se sich man: je wärns schonn widder uffbaum!“

Der Wagen ratterte davon. Nach einigem Grübeln wandte sich der Fremde an die Wirtin: „Sagen Sie, Ihr Herzog von Anhalt-Bernburg ist wohl ein guter Fürst?“

„Das will ich meenen!“ strahlte die Frau. „An sehr juter Mann is doffe! — Amwer man so krank, so krank!“

„Krank? Was fehlt ihm?“ Die Frau schien keine Lust zu haben, sich über die Krankheit des Fürsten zu äußern. Sie schwieg.

„Er tut auch was für die Kunst, nicht wahr? Ich meine: fürs Theater?“ suchte sich der Mann dem Redestil der Wirtin anzupassen.

„Das wees ich nu nich so — amwer an schenes Theater han je in Bärnborch!“

Der Reisewagen fuhr wieder vor. Der Fremde zahlte, ohne gegessen zu haben, und stieg schnell ein. „Na, das ist ja schon.“ Und dann mehr zu sich: „Dann kann ja noch alles gut werden.“

Nach einer knappen halben Stunde wollte der Kutscher den Wagen durch das enge Stadtor der kleinen Residenz lenken. Aber die Lormache, ein Soldat in schwarzgelber Phantasiuniform, hielt ihn an und riß die Wagentür auf.

„Ihren Paß!“ „Ranu,“ wunderte sich der Kutscher, „das haben Sie doch seit Jahren nicht mehr so genau genommen!“

Der Soldat zuckte die Achseln. „Befehl von oben. Wegen der unruhigen Zeit.“

Der Mann im Wagen suchte seinen Paß. Er suchte lange, sein Gesicht wurde rot, seine Bewegungen fahrig. Endlich wandte er sich mit hilfloser Gebärde zur Wache. Der Paß war nicht zu finden.

„Ich muß ihn in Dresden gelassen haben. Ich begreife das gar nicht... vielleicht im Theater, da war ich zuletzt...“

„Ja, das hilft nun nichts. Denn muß ich Sie verhaften.“ Aber ich werde mich ja auch so ausweisen können. Mein Name ist Richard Wagner, königlicher Hofkapellmeister aus Dresden.“

„Schaden is Ausland,“ sagte der Soldat mißtrauisch. „Da brauchen Se for hier en Paß.“ Wagner hob verzweifelt die Arme. „Ja, um Gotteswillen! In drei Stunden soll ich im Theater hier dirigieren, die Probe soll jetzt beginnen!“

(Fortsetzung folgt.)

eine Versicherungsgesellschaft ein, in der er nachher Abteilungsleiter für Feuerversicherungen wurde. Nach dem Ausscheiden war er selbständiger Versicherungsagent und nebenher zeitweise auch Redakteur einer Zeitung.

Durch ein Geständnis des Angeklagten ging der Prozeß überraschend schnell zu Ende. Rechtsanwalt Dr. Kohnsprung gab für den Angeklagten eine Erklärung ab, in der er zugab, daß er den Schwindler allein begangen habe. Werdings sei ein gewisser Brings irgend einmal aufgelaufen und habe den Gedanken, mit gefälschten Posten von Lloyd Versicherungen in sich zu machen und mit Hilfe der vereinnahmten Prämien Schadenersprüche der Versicherer auszuzahlen, angeregt. Dieser Brings sei dann aber verschwunden und er, der Angeklagte, habe den Plan dann selbst ausgeführt. Auf Grund dieses Geständnisses erübrigte sich die gesamte Beweisaufnahme, so daß die 35 Zeugen und Sachverständigen, ohne gehört zu werden, entlassen werden konnten.

In dem Urteil berücksichtigte das Gericht, daß der Angeklagte sich in einer Notlage befunden habe und daß ein direkter Schaden nicht verursacht worden sei. Der Angeklagte wurde wegen fortgesetzter Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Strafe wurden ihm vier Monate Untersuchungshaft angerechnet und für den Rest erhielt er dreijährige Bewährungsfrist.

Folgen der Schneestürme. Verkehrsstörung im Hamburger Hafen.

Mannheim, 18. Januar.

Die unermüdet anhaltenden Schneestürme der letzten Tage haben in der Pfalz zahlreiche Störungen hervorgerufen. Von allen Seiten kommen telefonische Hilferufe um Befreiung von eingeschneiten Fahrzeugen. Auf der Reichspoststraße Zweibrücken—Landstuhl wurde die Weiterfahrt nach Gerhardsbrunn eingestellt, da die Verwehungen nicht zu überwinden waren. Kilometerweit ist der Zug der Landstraße nur an den Bäumen zu erkennen, die mit ihren Spitzen aus dem Schnee herausragen. Im Reichsbahndirektionsbezirk Ludwigshafen gab es dank der getroffenen Maßnahmen bis jetzt keine großen Schwierigkeiten, und der Zugverkehr konnte ohne erhebliche Verzögerungen abgewickelt werden.

München, 18. Januar.

Die außerordentlich starken Schneefälle in Bayern haben zu größeren Verkehrsstörungen geführt. Der Zugverkehr ließ sich teilweise nur mit großen Verzögerungen aufrechterhalten. Der Postkraftwagenbetrieb im Oberallgäu wußte vollkommen eingestellt werden. Auch im Bayerischen Wald sind sämtliche Postkraftwagenlinien außer Betrieb gesetzt.

Hamburg, 18. Januar.

Die Eiskälte im Hamburger Hafen und auf der Unterelbe nötigen infolge des anhaltenden Frostes (Hamburg verzeichnete als niedrigste Temperatur in der vergangenen Nacht minus 12 Grad Celsius) immer mehr zu. Die Schifffahrt ist nur noch für starke Dampfer möglich, die Kleinschiffahrt dagegen gänzlich lahmgelegt. Viele Fahrzeuge sitzen noch immer im Eise fest. Auf der Oberelbe ist das Treibeis jetzt auch bei Wittenberge zum Stillstand gekommen. Die Eisbrecher auf der Oberelbe hatten mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß sie ihre Tätigkeit einstellen mußten. Nach einer Meldung aus Darchau soll dort eine Eisbergschichtung im Entstehen sein, die durch das anstehende Wasser und die sich stauenden Eismassen zu einer Gefahr für den Reich werden könnte. Da der Eisbetrieb, der bisher noch über die Außenelbe aufrechterhalten werden konnte, nunmehr auch eingestellt werden mußte, hat die Polizei den Fußgängerverkehr über die Alster auf einem gekennzeichneten Weg freigegeben. Im übrigen herrscht sowohl auf der Binnen- als auch auf der Außenelbe reges winterliches Leben und Treiben.

Auch Rom im Schnee.

Rom, 18. Januar.

Seit Freitag mittag fallen auch in Rom dicke Schneeflocken, die der Stadt einen seltenen winterlichen Anblick geben. In den hohen Albaner Bergen liegt bereits hoher Schnee. Viele Römer pilgern hinaus, um die Seltenheit eines richtigen Winters zu genießen.

Stellenschwindel im Großen.

Ein frecher Gaunertrick.

Einen Stellenschwindel von noch nicht dagewesenem Ausmaß und Geschick hatte ein Gaunerkonfession im Wert gesetzt. Er war so raffiniert aufgebaut, daß selbst kundige Augen ihn zunächst kaum durchschauen konnten. Vor einiger Zeit erschienen in verschiedenen Berliner Zeitungen ein Inserat, in dem für einen Villenbauherrn in einem Oberbad ein Hausmeister gesucht wurde. Daraufhin meldeten sich viele Hunderte von Bewerbern.

Jeder erhielt ein Antwortschreiben aus Potsdam, Hotel zum Einsiedler, und trug die Unterschrift „Rita Guggenheim-Benz“. In dem Briefe wurde dem Bewerber alles Erforderliche dargelegt. In acht Tagen sollte er sich zur persönlichen Vorstellung in einem Luxushotel unter den Linden einfinden. Ehe nach der Tag herankam, erhielten die Leute einen zweiten Brief, der angeblich von der Hand der Tochter stammte. Es hieß darin, daß die Mutter erkrankt sei und die Verabredung nicht innehalten könne. Der Angezogene wurde gebeten, selbst nach Swinemünde zu kommen. Erstattung der Reise- und anderen Unkosten wurde als selbstverständlich erklärt. Um jeden Zweifel zu beheben, wurde noch der Weg vom Bahnhof zur Villa ausführlich beschrieben. Die „Tochter“ sprach dann aber die Bitte aus, der Hausmeister möge als dienstlicher Dienst ein repariertes Schwundstück abholen. Er möge den Betrag, sofern er nicht 100 M. erreiche, freundschaftlich auslegen, das Geld werde er in Swinemünde sofort zurückerhalten. Der Firma sei bereits Mitteilung gemacht, sie werde einen Boten mit den Juwelen schicken.

Während dieser durchaus glaubwürdige Briefwechsel noch lief, wurden durch eine zweite Bekannmachung junge Burken für leichte Botengänge gesucht. Sie wurden in ein Lokal in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs bestellt. Hier erhielt jeder ein kleines Päckchen, wie ein Wertumschlag, indem sich ein kleines Köstchen befand. Die Vorderseite des Umschlages trug — wie sich später herausstellte, die Adresse eines der Stellenschwindler, und an der rechten Seite den Vermerk — 85.—, resp. 80.— M. — möglicherweise also immer unter 100 M. So war, mit Rücksicht auf die vorangegangene briefliche Mitteilung, fast mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß das Geld bezahlt werden würde. Die Rückseite dieses Umschlages trug den Aufdruck „Juwelenhaus Blum- u. Potsdam“. Inzwischen war die Kriminalpolizei aber auf die Vorgänge aufmerksam geworden. Zunächst stellte sie heraus, daß die Familie Guggenheim-Benz mit der Angelegenheit nicht das geringste zu schaffen hat. Auch alles andere war von Anfang bis zu Ende erlogen.

Auf der jungen Boten, die von den wirklichen Dingen keine Ahnung hatten, wurden auf ihren Wegen beobachtet und unauffällig verfolgt. Sie waren nach Empfang des Geldes zu einem Sammelpunkt an der Bülowstraße bestellt. Hier aber warteten sie vergeblich auf ihren Auftraggeber. Wenn Anzeichen nach daß die Gaunerbande überseits die Boten beobachtet und dabei gemerkt, daß die Kriminalpolizei ihr auf der Spur war, denn niemand ließ sich sehen. Die Boten wurden angehalten und das Geld den Bewerbern wieder zugeföhrt. Hier bekam man auch den ganzen Briefwechsel in die Hände. Es geht daraus hervor, daß die Bewerber

Der Kampf gegen die Grippe.

Bei der Redaktion des „Vorwärts“ ist von verschiedenen Seiten angeregt worden, sie möchte dahin wirken, daß von der Stadtverwaltung kostenfrei Mittel gegen die Grippe verteilt würden. Dieser Vorschlag läßt sich aber ohne weiteres nicht verwirklichen, da die Arzneiverordnung der Bevölkerung zum größten Teile und im allgemeinen durch die Krankenkassen erfolgt. Es wäre jedoch zu erwägen, daß sich die Vertreter der städtischen Gesundheitsverwaltung mit den Krankenkassen in Verbindung setzen (denn aber recht bald!), um eine solche Maßnahme in geeigneter oder ähnlicher Weise anzubahnen.

Menschen, die bereits an einer Grippe erkrankt sind, bedürfen je nach den Erscheinungsformen und der Schwere ihrer Erkrankung einer verschiedenen Art der Behandlung, insbesondere hinsichtlich der Verabreichung von Medikamenten bzw. der Anwendung physikalisch-diätetischer Heilmassnahmen. Es ist notwendig, daß in jedem einzelnen Krankheitsfälle geprüft wird, welche Behandlung einsetzten soll, insbesondere deshalb, weil die Grippe jetzt im zunehmenden Maße Komplikationen, auch solche ernstlicher Art, hervorruft.

Um sich vor der Grippeinfektion nach Möglichkeit zu schützen, sollte jeder bestrebt sein, Menschenansammlungen nach Möglichkeit zu meiden und sich vor miefenden und hustenden Menschen, die in seiner Nähe sind, zu hüten. Die Ansteckung pflegt auch dann eher zu erfolgen, wenn der Infektion durch eine Erleichterung Vorbeugung geleistet wird. Man schütze sich daher vor Kälte und Zug. Insbesondere sei die Frauenwelt davor gewarnt, durch eine allzu leichte Bekleidung insbesondere der Beine und der Füße bei der jetzt herrschenden strengen Kälte sich einer Erkältungskrankheit auszuliefern.

Frühere Grippeepidemien in Berlin.

Mit dem Winter 1929, der uns wieder eine Grippeepidemie von bedenklicher Ausdehnung gebracht hat, vollendet sich das vierte Jahrzehnt der neueren Geschichte der Grippe. Im Jahre 1889 erlebten wir die erste Grippeepidemie des

19. Jahrhunderts, und seitdem hat die Grippe in keinem Jahre unter den Todesursachen gefehlt.

In Berlin buchte man als an Grippe gestorben im Jahre 1888 nur 2 Personen, aber 1890 plötzlich 51 und 1890 sogar 90 Personen. Solche Zahlen waren damals ungewöhnlich und riefen starke Beunruhigung hervor. Berlin hatte ja in einer Zeit auch erst 1 1/2 Millionen Einwohner. Die nächsten Jahre brachten eine noch höhere Grippesterblichkeit in wechselndem Auf und Ab. So an Grippe gestorben wurden gebucht in dem Jahrzehnt 1891 bis 1900 426, 223, 336, 154, 478, 136, 246, 139, 170, 609 Personen, bei damals 2 Millionen Einwohnern. Es ist möglich und sehr wahrscheinlich, daß die Zahlen der Grippesterbefälle dieses ersten Jahrzehnts nicht ganz zuverlässig sind. Manche Grippe mag noch nicht richtig erkannt worden sein, aber gewiß ist auch mancher Todesfall tatsächlich auf Grippe zurückgeführt worden. In dem neuen Jahrhundert kam es mehrfach wieder zu schweren Grippeepidemien. Das Jahr 1918, das Jahr des Zusammenbruchs nicht nur des Kriegsheeres, sondern auch der durch vierjährige Entbehrungen geschwächten Heimatbevölkerung, tritt durch 1018 Grippesterbefälle hervor. Davon lieferte der Oktober, der letzte Kriegsmonat, allein 499 Fälle! Eine ähnlich schwere Grippeepidemie brach in der Weimarer Regierungszeit, im Jahre 1922, über uns herein. Für die seit 1921 aus Berlin und den Vororten zusammengefaßte Einheitsgemeinde Groß-Berlin wurden in den Jahren 1922—1927 gebucht 1891, 785, 988, 678, 446, 961 Grippesterbefälle. (Für 1928 liegen die Feststellungen noch nicht vollständig vor.)

Wie stark oft die Lungensymptome beteiligt sind, zeigt das Jahr 1927. Unter den 961 Grippesterbefällen des Jahres waren 316 ohne nähere Angabe und 645 mit Lungensymptomen. Die Verteilung auf die 12 Monate des Jahres läßt, wie in der Regel, eine sehr starke Verteilung der Wintermonate erkennen. Von 961 Grippesterbefällen wurden gebucht für Januar 421, Februar 210, März 101, April 34, Mai 28, Juni 13, Juli 22, August 9, September 14, Oktober 29, November 32, Dezember 48. Dürfen wir hoffen, daß auch die Grippeepidemie, die jetzt auf uns lossetzt, in nicht ferner Zeit erlöschen wird?

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, Sonnabend, den 19. Januar, 19/11 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3
Vortrag des Genossen Prof. Dr. S. Marck-Breslau:

„Proletarischer Kulturwille und Klassenkampf“

Karten zum Preise von 30 Pfennig sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsamtes, Lindenstr. 1, 2, Hof links, 2 Treppen; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstr. 1, 2 Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2; Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Köllnischen Park 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark; Zigarrengeschäft Horisch, Engelauer 24/25; AIA-Ortskartell, Engelauer 24/25; Gewerkschaftshaus; Verlag des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, Dreilindenstr. 5; Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7.

nom 10. Januar ab stufenweise sich auf den Weg nach Swinemünde machen sollten. Die Enttäuschung der leider nur wenigen Personen, die von den Kriminalbeamten aufgeklärt werden konnten, war ungeheuer groß. Es waren kaum zu überzeugen. Erst als das „Wertpapier“ geöffnet wurde, gingen ihnen die Augen auf. In dem Köstchen lag nichts als ein Stück dicken Glases. Bei Selligen des Striches hätten die Betrüger in zwei Wochen mit einem „Verdienst“ von 60 000 bis 80 000 M. rechnen können.

Wenn es gegen die weltliche Schule geht!

Wenn es gegen die weltliche Schule geht, machen die Kommunisten und ihre Presse immer mit. In diesem Punkt — auch in vielen anderen Dingen — sind sie die besten Bundesgenossen der Reaktion. Jetzt wird ein Vorkommnis aus der Charlottenburger 34. Gemeindeschule, die eine weltliche ist, als gefundenes Fressen von ihnen aufgegriffen. In dieser Schule hat ein Lehrer Ristow einen sechsjährigen Schüler so geohrfeigt, daß das Trommelfell beschädigt wurde und der Schüler mehrere Wochen an den Folgen litt und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Selbstverständlich verdient ein Lehrer, der zu solcher Behandlung eines Schullindes sich hinreißt, schärfste Beurteilung und nachdrücklichste Bestrafung im Disziplinarverfahren oder vor Gericht. Aber zu Angriffen gegen die weltliche Schule überhaupt oder gegen die Charlottenburger 34. Schule und ihren Leiter liegt wahrlich kein Anlaß vor. Es ist unwahr, daß der Rektor den Lehrer zu decken versucht hätte. Die Eltern des Knaben machten

Funkwinkel.

Einen Vortrag, der wesentlichen Filmproblemen zu Leibe ging, hielt Kurt Aramarkst. Der Titel, der Film in Wahrheit und Dichtung, traf allerdings den Kern der Ausführungen nicht völlig. Aramarkst versuchte, Grundrissliches zu der Frage der heutigen Filmproduktion zu sagen. Er kennzeichnete die Verlogenheit unserer Filme, die eine Welt, wie sie nicht mehr ist, heuchlerische Sentimentalität, unwahrscheinliche Lebensformen, immer wieder und wieder zu ihrem Inhalt machen. Er forderte Ehrlichkeit. Bertinoff war noch ein anderer Vortrag des Tages, „Sprechstunde beim Kinderarzt“, den Dr. Leo Blumenthal und Frau J. Oberländer brachten. Das appetitlose Kind, dem jede Mahlzeit unwillkommen ist und das durch seine geringe Nahrungsaufnahme der Mutter schwere Sorgen bereitet, gibt es ja vor allem in den besser gestellten Kreisen. Dr. Blumenthal wies darauf hin, daß häufig Eltern außerhalb der Möglichkeiten oder mittels Ueberfütterung die Ursachen dieser Appetitlosigkeit sind, und daß diese bald verschwindet, wenn das Kind streng geregelt nur seine Mahlzeiten erhält. — Dr. Scholz, Reichsminister a. D., brachte an Stelle von Herrn v. Kardorff den Weisheitsvortrag des Tages: „Zum 18. Januar“. Er sang einen Jubelhymnus auf Bismarck, so schwungvoll und mit so rührenden Amüsantentexten, daß man fast glaubte, Herr Scholz hätte das Manuskript eines „patriotischen“ Hupendorn-Films erwirkt. — Walter Engel schätzte — leider ziemlich trocken und farblos — Mitteldeutschlands größtes chemisches Unternehmen, das Zeunawerk. — Zu einem ausserordentlichen schönen Symphoniekonzert, das Ostas Fried mit dem Berliner Funkorchester brachte, hatte man Claudio Aron als Solisten angenommen. Der ein Klavierkonzert von Chopin mit meisterhafter Virtuosität spielte. Dr. Kurt Sinner gab die Einführung zu dem Symphoniekonzert. Er charakterisierte die dargebotenen Werke und ihre Komponisten so lebendig und klar, daß er wohl allen Hörern mit seinen Ausführungen wirklichen Gewinn bot.

etwa zehn Tage nach dem Vorfall dem Elternbeirat vorliegenden Mitteilung, und dieser berief dann eine Klassenelternversammlung ein. Das Ergebnis war, daß die Elternschaft vereinbarte, die Vernehmung des Lehrers nicht zu verlangen. Darauf legte der Rektor dem Lehrer nahe, selber die Vernehmung zu beantragen. Der tat das, und die Vernehmung wurde dann angeordnet. Der Rektor hat keinen Versuch gemacht, das Vorkommnis zu verharmlichen. Er hat selber dafür gesorgt, daß die Behörde davon erfährt. Es ist auch nicht wahr, daß er den Lehrer „bedauert“ hätte. Bedauert hat er den Schüler.

Wenn die Kommunisten glauben, daß sie mit dieser neuen Hege gegen die weltliche Schule irgendwelchen Eindruck auf die einseitige Elternschaft machen können, so dürften sie sich sehr verrechnen. Das wissen die Kommunisten, daß die weltliche Schule bei der Sozialdemokratie jederzeit Förderung zu erwarten hat. Daher der kommunistische Wunsch, die weltliche Schule zu schädigen, was es nur möglich ist. Es versteht sich von selbst, daß Lehrer wie Ristow in der weltlichen Schule nicht bleiben dürfen. In der 34. Schule hat der Rektor in diesem Sinne gehandelt. Aber gehegt muß werden — das gehört zum Geschäft der Kommunisten.

Der Kampf Carnera—Roesemann.

Ein Spektakelstück.

Der bei den Berliner Boxliebhabern mit einiger Spannung erwartete Kampf zwischen Carnera, dem italienischen Boxerriesen (2 1/2 Meter Länge, 2 1/2 Zentner Gewicht) und Roesemann-Hannover im Sportpalast endete mit einem wackeren Spektakel. Niemand wollte den verständlichen Sieg des Italieners anerkennen. Roesemann hatte sich in dieser reinen Schamnummer für einen Mann gepfeift, der selbst an die Fähigkeiten eines Rummelboppers noch nicht heranreicht.

Kleines Privatpulvermagazin explodiert.

Rettet WLB. aus Rom.

Bei Befars, so meldet WLB. lakonisch aus Rom, fiog ein kleines Privatpulvermagazin in die Luft, wobei eine Person getötet und drei verwundet wurden.

„Private kleine Pulvermagazine“ scheinen demnach in Italien landesübliche Einrichtungen zu sein, gegen die man offenbar nichts hat, selbst wenn bei so einer kleinen Explosion auch mal ein Mensch draufgeht und ein paar verwundet werden.

Der Journalistenmord.

Wien, 18. Januar.

Am vierten Verhandlungstage gegen den Journalisten Bößl wurden Tatzeugen vernommen, von denen als einziger der Journalist Karpfen, der als Zuhörer bei der Verhandlung war, genaue Angaben machen kann. Der Präsident der Organisation der Wiener Presse, Jappier, gab an, daß seines Erachtens während der Verhandlung nur ein einziges erregtes Wort gefallen sei. Er habe vom Angeklagten das Wort „Joch“ gehört, dann seien die Schüsse gefallen. Auf Fragen des Vorsitzenden, die Organisation betreffend, erklärte der Zeuge, die Organisation habe niemals versucht, Bößl aus seiner Stellung zu verdrängen oder ihn bei der Erlangung einer Stelle zu behindern.

Kindervorstellung im Theater in der Klosterstraße. Man möchte dieser Aufführung des Märchens vom „Bestiehlten Kater“, die mit soviel Verständnis auf die Wesenheit des Kindes eingeht, Erfolg wünschen. Ostas Lange-Lüderich hat das Märchen eigentlich ganz so gelassen, wie Grimm es schrieb: Der Müllerbursche erting sich die Dankbarkeit des Kaisers, der ihm nun im Leben vorwärts hilft. So kommt der arme Müllerbursche schließlich in den Besitz des Menschenkesselschlosses und heiratet die schöne Prinzessin. Die Kinder werden also in eine richtige Märchenwelt geführt. Aber alles Gruselige hat durch eine gehörige Portion Humor-Glanzlichter bekommen, und nicht ein Kind weint, wenn der böse Zauberer auf der Bühne erscheint, weil rechtzeitig erlösendes Gelächter aufsteigt. Außerordentlich gut sind die Masken der einzelnen Darsteller, sehr erfreulich auch ihr Spiel. Franz Sondinger hat wieder einmal bewiesen, daß er ehlich darum ringt, dem Theater in der Klosterstraße zu gutem Ruf zu verhelfen. Aber der alte Fehler, der unter seiner Direktion wie unter seiner Regie hier immer wieder auftaucht, ist leider auch diesmal nicht ausgehert. Die Pausen zwischen einzelnen Bildern dehnen sich endlos. Es kommt wirklich nicht darauf an, ob etwas mehr oder weniger Ausstattung auf der Bühne ist; bemalte Leinwandflächen tun es auch.

Polnische Wirtschaftskrise?

Militäretat erdrückt das Land — Die wichtigsten Nachbarn vernachlässigt.

Mit welchen Aussichten die Wirtschaft Polens in das neue Jahr getreten ist, dürfte in einem Augenblick, wo wieder ein Anlauf zur Beseitigung des Zollkrieges zwischen Deutschland und Polen gemacht wird, von Interesse sein. Diese Frage beschäftigt aber naturgemäß auch die führenden polnischen Wirtschaftler selbst, und es liegen aus letzter Zeit zwei autoritative Stimmen darüber vor, die des Generalreferenten für Wirtschaftfragen in der Budgetkommission des Sejms, Prof. Arzysjanowski, sowie des früheren Finanzministers Michalski. Beide stimmen darin überein,

daß die polnische Wirtschaft in ein Stadium der Krise eingetrete.

ja, daß die Krise schon da sei. Sie dokumentiert sich in der Tat durch die außerordentliche Geldknappheit und Geldverknappung; der Brindistantsch (Belgiums größter Firmen für Geld) beträgt etwa 20 Proz. (in manchen Fällen wurde in der polnischen Presse sogar von 3 Proz. monatlich berichtet). Es ist interessant, daß Michalski den einen Grund dieser Lage in der zu hohen Festsetzung des Zinswertes bei der Stabilisierung der polnischen Währung erblickt. Aber er gibt außerdem auch eine Reihe anderer Gründe an, die wohl zutreffend sind. So vor allem die große Steuerbelastung oder vielmehr die ungleichmäßige Verteilung der Steuerlast.

Man weiß ja, daß die polnische Regierung in ihren amtlichen Erklärungen immer wieder mit Vorliebe darauf hinweist, daß die durchschnittliche Steuerbelastung des polnischen Bürgers weit aus niedriger als in vielen anderen europäischen Staaten ist. Man wird indessen Michalski recht geben müssen, da in dem Agrarstaat Polen 70 Proz. der gesamten Steuerlast von den Städten getragen werden. Welche Belastung dieser Mißstand, dem die polnische Regierung neuerdings durch die Einführung einer Grundsteuer begünstigt, für Handel und Industrie bedeutet, liegt auf der Hand. Es ist nur natürlich, daß der frühere Finanzminister unter den Gründen der gegenwärtigen prekären Wirtschaftslage auch die zu hohen Staatsausgaben nennt; insbesondere muß in dieser Beziehung immer wieder der Löwenanteil, den das Militärbudget am gesamten Staatshaushalt hat, hervorgehoben werden:

den 814 Millionen Zlotys des Militärbudgets

siehe, sage und schreibe 46 Millionen Zlotys für das Ministerium für Handel und Industrie gegenüber. Zum Schluß bespricht Michalski auch die passiv Handelsbilanz, die uns zum polnischen Außenhandel hinüberführt.

Ueber den Außenhandel liegen neuerdings interessante Zahlen vor, aus denen wir hier die wichtigsten anführen wollen. Der Gesamtumsatz des polnischen Außenhandels in Millionen Zlotys betrug in den ersten neun Monaten des verfloffenen Jahres 4300,4 gegenüber 3923,2 des gleichen Zeitraumes im Jahre 1927; das Handelspostum (Einfuhrüberschuß) betrug 1928 780,5 Mill. Zloty gegen nur 250 Mill. Zloty im Jahre 1927. Das Defizit der Handelsbilanz hat sich zwar relativ von Quartal zu Quartal im Jahre 1928 verringert, aber die Passivität blieb und summierte sich.

Die Tragik der polnischen Wirtschaft scheint darin zu liegen, daß sie gerade mit den beiden großen Nachbarn Deutschlands und Rußland dauernd in ungeregelten Handelsbeziehungen steht.

Gewiß, Deutschland steht trotz des Zollkrieges immer noch an erster Stelle im polnischen Außenhandel. Allein der Zollkrieg verhindert hier die weitere Ausdehnung. Welche ganz unzulänglichen Umsätze aber Polen mit Rußland hat, ergibt sich gleichfalls aus den obigen Zahlen. Die Vernachlässigung dieser beiden wichtigsten und benachbarten Absatzmärkte zwingt aber Polens Wirtschaft mit seinen Waren zu weiten und fruchtlos sehr teuren Weiteisen. Unter fernem Völkern sehen wir beispielsweise auch Britisch-Indien unter den Abnehmern Polens; aber auch hier bringt der Handel für Polen keinen Ueberfluß der Ausfuhr mit sich.

Die ewige Sorge um die Passivität der Handelsbilanz führt Polen oft zu außerordentlichen Maßnahmen, die aber sich doch nur wieder als schädlich für seinen Handel erweisen. In dieser Beziehung muß momentlich an die Rede des amerikanischen Finanzkontrolleurs in Polen Demey gegen Einfuhr fremder Waren erinnert werden. Die Folge war ein Teilverbot dieser Waren, der aber auf der anderen Seite dazu geführt hat, daß z. B. neuerdings in

England polnische Lebensmittel boykottiert werden und manche Geschäfte den Ausschlag haben: „Hier werden keine polnische Eier verkauft!“

Die gleiche Handelspolitik hat aber auch eine sehr wichtige soziale Folge, die erwähnt werden muß: die Herabdrückung der Arbeiterlöhne im Interesse des Exports. Die von der polnischen Regierung vor einigen Jahren eingesehene Kommission zur Prüfung der Produktionskosten hat z. B. neuerdings festgestellt, daß, während die Löhne der Bergleute in England 71,6 Proz. der Produktionskosten und in Rußland 57,2 Proz., sie in Polen nur 40,9 Proz. ausmachen.

Reichsbank nach Diskontsenkung.

Massenhaft arbeitsloses Geld. — Wahrscheinlich eine weitere Kreditverbilligung.

Dem ersten Ausweis der Reichsbank nach der zum 12. Januar vorgenommenen Diskontermäßigung mußte man mit besonderem Interesse entgegensehen. Es mußte sich wenigstens andeutungsweise zeigen, ob sich in der Verwendung der Reichsbankgelder die Diskontermäßigung in einer Erhöhung der gewöhnlichen Kredite oder wenigstens in einer nur leichten Verringerung der Kreditgewährung ausdrückte. Daraus war die wichtige Frage zu beantworten, die mir früher schon gestellt haben, ob die Reichsbank mit der Kreditverbilligung, auch in ihrem eigenen Interesse, nicht zu lange gewartet hat.

In der Tat scheint der Ausweis vom 15. Januar diese unsere Vermutung zu bestätigen. Die Wechselbestände haben nicht so, sondern sehr stark abgenommen und zwar sind den 577 Millionen der ersten Januarwoche noch 444 Millionen in der zweiten Januarwoche gefolgt, so daß der Wechselbestand auf 1457,2 Millionen gesunken ist. Das ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit 2331 Millionen ein Rückgang um 674 Millionen, und gegenüber Mitte Januar 1928, wo die Reichsbank mit ihrem Diskont auf 5 Proz. heruntergehen mußte, nur ein Mehr von 152 Millionen. Die Lombarddarlehen haben um nur 1,5 auf 55,7 Millionen zugenommen, was für die Monatsmitte auch außerordentlich wenig ist. Daß die Geldflüssigkeit außerordentlich groß ist, zeigt auch die minimale Senkung der fremden Gelder auf Girokonto um nur 9,5 auf 609,8 Millionen.

Entsprechend diesen Veränderungen hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 403,8 auf 4060,4 Millionen beträchtlich

gegenüber demjenigen an Rentenbankscheinen um 15,1 auf 480 Millionen verringert. Die Goldbestände mit 2885,8 Millionen decken jetzt die unlaufenden Noten mit nicht weniger als 66,9 Proz. Zusammen mit den auf 156,2 Millionen leicht verringerten Deckungsbeis sind die unlaufenden Noten heute mit 70,7 Proz. gedeckt, eine auch als Rekordziffer enorm hohe Deckung.

Die in den Erklärungen des Reichsbankdirektoriums zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß die Diskontermäßigung der Reichsbank neue Wechselbestände bringen werde, hat sich zum mindesten bisher noch nicht erfüllt. Die rapide Abnahme der Wechselbestände, selbst nach der Diskontermäßigung zeigt, daß Banken und Wirtschaft gegenüber der Reichsbank überhaupt nicht brouchen und daß riesige Gelder in der deutschen Wirtschaft „arbeitslos“ geworden sind. Die Situation erinnert an die Verhältnisse von Mitte 1926, wo die Reichsbank die Verbindung mit dem Geldmarkt verloren hatte, und wo die Reichsbank bald hinter einander, und zwar im Zeitraum von 7 Monaten drei Diskontermäßigungen vornehmen mußte. Es ist also zu erwarten, daß die Reichsbank bald mit einer neuen Diskontsenkung herauskommen muß, wenn die jetzigen Geldmarktverhältnisse fortdauern und wenn die Reichsbank nicht wieder in eine glänzende Isolierung zurückfallen will. Das wäre ein schlechtes Zeichen für die Voraussetzung der Reichsbankführung, die sich scheinbar, wie viele andere Wirtschaftskreise in Deutschland, darüber täuscht, daß Diskontpolitik und innerer Kapitalmarkt in einem Lande, das auf Auslandskapital angewiesen ist, sehr wenig miteinander zu tun haben.

Unser Export von Maschinen.

Rußland der größte Käufer. — Amerika der größte Lieferant.

Der deutsche Außenhandel stand in den ersten neun Monaten 1928 im Zeichen einer ständig wachsenden Warenausfuhr. Den größten Anteil an der Erweiterung der Ausfuhr hatte die Maschinenindustrie, die schon in den beiden vorhergehenden Jahren ihren Ausfuhrüberschuß ständig erhöhte. Die Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ bringt zu der Entwicklung des deutschen Maschinenaußenhandels einige interessante Feststellungen.

So betrug der Ausfuhrüberschuß an Maschinen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 bei einer Einfuhr von 11,6 und einer Ausfuhr von 85,3 Millionen Mark rund 73 Millionen, um 1925 einen Rückgang auf 70,7. Im Jahre 1926 eine Erhöhung auf 76,8 und im folgenden Jahre ein weiteres Ansteigen auf 84,8 Millionen Mark aufzuweisen. Im Monatsdurchschnitt von Januar bis September 1928 hat sich der Ausfuhrüberschuß bei einer Einfuhr von 25,5 Millionen Mark und einer Ausfuhr von 129,7 Millionen Mark weitest um 22 Proz. auf mehr als 104 Millionen Mark erhöht. Setzt man die Außenhandelsziffern für Maschinen im Jahre 1913 mit 100 ein, so ergibt sich für den Monatsdurchschnitt Januar bis September 1928 eine Steigerung der Maschinenexporte auf 227, der Einfuhr auf 182 und des Ausfuhrüberschusses auf 142.

Bemerkenswert bei dieser bedeutenden Ausdehnung des deutschen Maschinenexports ist die rückläufige Preisbewegung im vergangenen Jahre. Während der Doppelzentner ausgeführter Maschinen im letzten Vierteljahr 1927 durchschnittlich 260 M. kostete, sank der Preis pro Doppelzentner im ersten Vierteljahr 1928 auf 251, im zweiten Quartal sogar auf 233 M., um sodann von Juli bis September bis auf 244 M. wieder anzuziehen.

Der größte Käufer deutscher Maschinen ist, wie in der Vorkriegszeit, auch in den letzten beiden Jahren wieder Rußland gewesen. Die Niederlande, die 1926 die erste Stelle einnahmen, waren in den letzten Jahren der zweitgrößte Maschinen-

käufer. Großbritannien, das selbst großer Maschinenproduzent ist, hat in den ersten neun Monaten 1928 für 64,5 Millionen Mark deutsche Maschinen eingeführt und steht an dritter Stelle, ist aber mit einer Einfuhr von 34,4 Millionen Mark zugleich auch der zweitgrößte Maschinenlieferant für Deutschland.

Bezeichnend für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ist, daß Polen trotz des Handelskrieges von der 12. Stelle im Jahre 1926 auf den 4. Platz im letzten Jahre rückte. Wie viel besser könnte der Export ohne Handelskrieg sein! Auch die günstigen Auswirkungen des deutsch-französischen Handelsvertrages vom August 1927 treten deutlich in Erscheinung, denn Frankreich steht 1928 als Maschinenkäufer an 8. Stelle, während es zwei Jahre vorher noch an 14. Stelle stand. Sie keine Schweiz ist mit einer Einfuhr von 22,5 Millionen nach Deutschland der drittgrößte Maschinenlieferant Deutschlands, während sie andererseits als Bezugsland an 10. Stelle steht.

Der weitaus bedeutendste Maschinenlieferant Deutschlands sind die Vereinigten Staaten von Amerika, die von Januar bis September 1928 Maschinen im Werte von 80,5 Millionen Mark, das sind fast 40 Proz. der gesamten deutschen Maschineneinfuhr, lieferten. Trotz der Vormachtstellung der amerikanischen Maschinenindustrie betrug aber der deutsche Export in der gleichen Zeit fast 34 Millionen Mark.

Viehbestand nicht zurückgegangen.

Zum 1. Dezember 1928 ist der deutsche Viehbestand, wie alljährlich, wieder gezählt worden. Nur bei den Pferden ergab sich bei einem Bestand von 3,71 Millionen ein Rückgang um 2,6 Proz., bei den Schweinen mit einem Bestande von 20,07 Millionen — infolge der niedrigen Schmelzpreise — ein Rückgang um 12,3 Proz., bei den Schafen mit einem Bestand von 3,63 Millionen ein Rückgang um 3,1 Proz. und bei den Ziegen mit einem Bestand von 2,89 Millionen ein Rückgang um 10,5 Proz. Hingegen ist der für die Viehhaltung entscheidende Rindviehbestand mit 15,29 Millionen um 2,1 Proz. geblieben, wobei die Rindvieh-

mit 6,43 Millionen eine Vermehrung um 6,4 Proz. zeigen. Die jetzt 5,64 Millionen Stiere haben sich um 2,5 Proz., die 2,85 Millionen Enten um 11,2 Proz., die 75,79 Millionen Hühner um 6,2 Proz. vermehrt. Die vorhandenen 1,62 Millionen Bienenstöcke haben sich um 1,3 Proz. verringert.

Nach dem Viehbestand zeigt sich also, daß von der behaupteten Substanzverfälschung bei den Landwirten keine Rede sein kann.

Agrarnot muß beschlossen werden.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Seit einiger Zeit beschäftige ich mich auch mit landwirtschaftlichen Fragen. Ganz besondere Aufmerksamkeit wende ich dabei dem Problem der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft, der Notstände und evtl. möglichen Besserungsmöglichkeiten zu. Bevor ich mich in Einzelheiten vertiefe, möchte ich Sie jedoch um eine Auskunft bitten.“

Ich finde in diesen Tagen einen Aufruf zur Selbsthilfe der Bezirksbauernkammer Neuburg i. Bayern, in dem merkwürdigerweise folgender Satz enthalten ist:

„Unserm Vorgehen ist ein Erfolg nur beschieden, wenn alle bayrischen Landwirte einig sind. Deshalb bitten wir, sich umgehend darüber schlüssig zu werden, ob auch bei Ihnen die Not groß genug ist, daß Sie sich zu Taten ausrufen und dem gemeinsamen Vorgehen anschließen.“

Ich war bisher immer der Meinung, daß, wenn irgendwo ein wirklicher Notstand vorhanden ist, dies allen davon Betroffenen so eindringlich bekannt ist, daß sie nicht erst beraten und beschließen müssen, ob dieser Notstand wirklich vorliegt oder nicht. Diese Ansicht von mir scheint jedoch falsch zu sein, anders könnte ich mir den obigen Aufruf nicht erklären.

Ich möchte Sie nun bitten, mir mitzuteilen, ob meine alte Ansicht, daß vorhandene Notstände nicht beschlossen werden können und müssen, auch für die Landwirtschaft und besonders für die Bayerns zutrifft, oder, falls nicht, was für Mittel es gibt, um „beschlossenen“ Notständen abzuwehren. Der fröhliche Volkswirt.“

Anmerkung der Redaktion: In agrarischen Dingen scheint „Der fröhliche Volkswirt“ ebenso von allen Vorurteilen unbelastet zu sein wie seine meisten Berufskollegen. Wir können ihm hier an dieser Stelle nur kurz antworten, daß seine Vermutung, daß die allgemeine Notlage der deutschen Landwirtschaft eine Konstitution eintrager weniger Landbundesführer ist, voll und ganz zutrifft. Auch schon vor dem Kriege, also in den besten Zeiten, die die deutsche Landwirtschaft je erlebt hat, ist kaum ein Jahr vergangen, in dem nicht diese Denkschriften über die Not der Landwirtschaft erschienen wären. Daß die agrarische Führung in so entsetzender Weise, wie das hier „Der fröhliche Volkswirt“ schildert, die einzelnen Landwirte erst zur Abstimmung auffordert, ob ihre Notlage groß genug ist, um zu Taten zu schreiten, ist uns bisher allerdings nicht vorgekommen. In der Regel lassen sich die Bauern immer noch von einigen Großgrundbesitzern besammeln und stimmen diesen in allen Forderungen zu, ohne zu wissen, daß sie sich damit nicht selbst helfen, sondern nur für die Interessen der großen Landbundesführer einsparen lassen. Abhilfe von „beschlossenen“ Notständen gibt es nicht. Je mehr man versucht zu helfen, desto größer wird der Anreiz, Notstände auf dem Beschlußwege herzustellen. Das hat sich in den letzten Jahren gezeigt.

Belegung im Bergbau.

Die Kohlenförderung im Ruhrbergbau stellte sich im Dezember auf 8,86 gegen 8,93 Millionen Tonnen im Vormonat. Da im November aber ein Tag mehr gearbeitet wurde, ist die arbeitsmäßige Förderung um rund 13 000 auf 379 250 Tonnen im Dezember gestiegen. Die arbeitsmäßige Roßproduktion wuchs sogar um mehr als 15 Proz. auf 73 092 Tonnen. Erstversicherungen gingen die wegen Abgangmangel eingelagerten Festerichtigkeiten von 23 821 im Oktober bis auf 9426 im Dezember je Arbeitslag zurück.

Nicht so günstig entwickelte sich der weiterschlägliche Bezirk, wo die arbeitsmäßige Förderung auf 68 292 gegen 72 259 Tonnen im November zurückging. Im Braunkohlenbergbau hielt die Hochkonjunktur im Berichtsmonat an. So stieg im mitteldeutschen Revier die arbeitsmäßige Roßkohlenförderung bei einem Gesamtergebnis von 9,68 Millionen Tonnen auf 403 508 gegen 394 277 Tonnen im November und übertraf damit die Leistungen vom Dezember 1927 noch um fast acht Prozent.

Charlottenburger Wasserwerke höhere Dividende.

Ein erheblicher Teil der Stadt Berlin wird noch immer nicht aus städtischen, sondern von der überlegend privaten Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. mit dem erforderlichen Roh versorgt. Die Gesellschaft weist für 1927/28 einen von 4,47 auf 5,31 Millionen erhöhten Reingewinn aus. Die Dividende, die die Aktionäre auf das 60-Millionen-Kapital erhalten, wird gegen das Vorjahr von 6 auf 8 Proz. erhöht.

Engerer Zusammenhalt im europäischen Röhrenkartell.

Die letzten Verhandlungen im internationalen Röhrenkartell haben zu einer engeren Verbindung der einzelnen Gruppen geführt. Auf der einen Seite ist zwischen den französischen, belgischen und holländischen Mitgliedern dieses Kartells eine Verständigung über die Verteilung der Aufträge und Lieferungen erzielt worden, und außerdem wurde zwischen dieser westlichen Gruppe mit der deutsch-polnisch-schweizerischen Gruppe eine künftige Zusammenarbeit durch die Initiative der deutschen Mitglieder vermittelt.

Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt hat entsprechend der Diskontsenkung die von ihr an die Vermittlungsinstitute für die Landwirtschaft weitergegebenen Personalkredite um ein halbes Prozent verbilligt. Der Höchstzinssatz wird jetzt 6½ Proz. betragen. Die Ermäßigung gilt auch für die ungeringfügigen Personalkredite (sogenannte Abzahlungskredite) mit der weitesten Vergünstigung, daß bis seit dem Sommer 1927 bereits laufenden und Ende 1928 zurückzahlenden Abzahlungskredite A um ein weiteres halbes Prozent verbilligt werden.

Preiserhöhungen, während alles auf Preisfestsetzungen wartet. Der Verband der Deutschen Gas-, Wasser- und Dampfmaschinenfabrikanten hat den bisherigen Ausschlag auf die Grundpreise ab 1. Januar von 12½ auf mindestens 22½ Proz. erhöht. Eine solche Preiserhöhung erfolgt in einer Zeit, in der die Wirtschaftslage nichts da dringender braucht wie Preisfestsetzungen, um die Beschäftigung der Industrie nicht weiter zurückgehen zu lassen!

Kemal Pascha braucht 4000 Schreibmaschinen. Die Türkei, die unter Kemal Paschas Leitung im Eiletempo europäisiert wird, hat jetzt einen großen Auftrag auf 4000 Schreibmaschinen nach Deutschland und England vergeben. Auf die beteiligten deutschen Werke, in erster Linie die Adlerwerke vorm. Kasper und die Torpedo-Weiß-Werke in Frankfurt am Main, entfallen etwa 70 Proz., also 2800 Schreibmaschinen.

J. Lomakin: Meine Ehe! Aus dem gegenwärtigen russischen Leben

Ich ärgerte mich über meine Frau deswegen, weil das Essen angebrannt war und es scheint, daß ich sie Gans oder auch dümm nannte, aber ich erinnere mich nicht mehr. Unbedingt hat ein Mann, der für die Ernährung der Familie sorgt, das Recht, sich zeitweilig über die eigene Familie zu ärgern. Aber meine Frau wurde wütend. Sie behauptete, in der heutigen Zeit dürfe nichts Ähnliches vorkommen.

Das machte mich noch wütender. Was heißt das, in der heutigen Zeit? Eine Frau bleibt für immer ein niedrigeres Wesen. Ich weiß selbst nicht, weshalb ich so sprach. Aber die Antwort fiel nicht nach meinem Geschmack aus.

„Na warte!“ drohte sie. „Ich warte, ich warte, mein Täubchen,“ antwortete ich und begab mich in den Dienst.

Nach meiner Rückkehr ins Haus fand ich weder das Mittagessen noch die Frau. Man kann sich die rosende Wut eines hungernden, armen Schwächers leicht vorstellen. Eine halbe Stunde lang trommelte ich mit den Fingern auf den leeren Tisch, bis ich schließlich eine Tasse Jeschkug, die ich meiner Frau zum Geburtstag geschenkt hatte.

Endlich kehrte sie mit dem Frost geröteten Wangen zurück. „Weshalb beeiltest du dich so,“ fragte ich ironisch, „du könntest ruhig noch ein wenig spazieren gehen.“

„Ich werde abends noch ein wenig spazieren gehen.“ „Woas?“ Die Untertasse teilte das Los der Tasse.

„Ich arbeite acht Stunden und du...“ „Ich bitte, nicht so zu schreien,“ sagte sie. „Du bist nicht mehr mein Mann.“

Und mit völliger Ruhe händigte sie mir ein Papier aus, das unsere Scheidung bestätigte.

„Ich komme nur, um meinen Korb zu holen,“ sagte sie, „denn ich ziehe in das benachbarte Zimmer.“

Ich tat, was an meiner Stelle die Mehrzahl der Männer tun würde: Ich ging hin, und betraut mich.

Dann begab ich mich in ihr Zimmer. „Wann wird endlich das Mittagessen da sein?“

„Ich bitte, auf der Stelle mein Zimmer zu verlassen!“

Aber ich wollte nicht fort. Es schien mir, als spreche ich ruhig, ja wie ein Mann zu seiner Frau spricht, mit der er seit zehn Jahren in einem Zimmer wohnt. Indessen rief sie den Portier, die Wirtin und den Hausdiener und ließ mich hinauswerfen, ja sogar verhaften.

Und was tat ich denn Böses? Ich zerriß ein ganz klein wenig die Bluse meiner Frau und stieß den Wirtinbeamten, weil ich der Ansicht war, daß sich die Behörde in meine Familienangelegenheiten nicht einzumischen hat.

Ich saß zwei Wochen im Arrest. Während ich in der Zelle saß, dachte ich darüber nach, daß ich meine Frau dennoch liebe und ich ihr das sagen werde, wenn sie mich herauslassen.

Statt dessen aber sagte ich: „Katja, laß es mit diesen Dummheiten genug sein. Du hast mich beleidigt, aber ich vergehe dir. Du kannst wieder in mein Zimmer gehen.“

„Ich sagte Ihnen schon tausendmal, daß sie nicht mehr mein Mann sind!“ entgegnete sie.

„Wie denn? Zehn Jahre lebten wir zusammen und jetzt soll dies alles plötzlich zu Ende sein?“

„Ja.“ „Aun gut, scher' dich zum Teufel!“

In der Tiefe der Seele glaubte ich aber, daß sie mich noch liebe! Eines Abends hörte ich im Zimmer hinter der Wand die Stimme eines Mannes, der lachte und Tee trank.

„Was soll das heißen?“ dachte ich und klopfte an die Tür. „Ich habe keine Zeit,“ entgegnete sie, „ich bin beschäftigt!“

Ich klopfte lauter. Während trat sie heraus. „Ich bitte, diesen Herrn aus dem Zimmer zu entfernen.“

„Und ich bitte Sie, eine fremde Frau nicht zu belästigen, sofern Sie nicht ins Gefängnis wandern wollen.“

Die Tür schloß sich knirschend. „Fremde Frau?“

Aber sie muß mich doch noch lieben! Ich kenne sie schon zehn Jahre, ich weiß, daß sie eigensinnig ist.

Am nächsten Morgen beschloß ich, es mit Freundlichkeit zu versuchen. Die Frauen lieben das. Ich sagte also: „Katharina Platorowna, gestatten Sie, mit Ihnen einige Abende gemeinsam zu verleben. Es ist so einsam allein. Vielleicht könnten wir gemeinsam lesen.“

Vor zehn Jahren hatten ihr solche Worte gefallen. Jetzt nicht. Sie gähnte: „Dieses Lesen von Versen ist schon eine altmodische Geschichte. Aber, wenn Sie sich anständig benehmen werden...“

Neuerst gern hätte ich sie verprügelt, aber statt dessen ging ich abends zu ihr und deklamierte ihr, wie ein Idiot, Verse vor.

Aber auch das fand keine Anerkennung: „So'n Quatsch! Liebe sieht in Wirklichkeit ganz anders aus. Gehen Sie lieber schlafen.“

Natürlich, wenn dieser Kretin Simlow kommt und ihr vom Vorteil der Konsumvereine erzählt, lächelt sie süß und spricht: „Ach, wie interessant das ist. Kommen Sie recht bald wieder.“

„Katja,“ sagte ich ihr schließlich, so geht es nicht weiter.“

„Weshalb? Jetzt beginnt es ja gerade interessant zu werden.“

„Ich bin so einsam, Katja,“ begann ich. Und ich weiß nicht, wie es kam, aber ich gelangte zu demselben Resultat, das ich vor zehn Jahren in die Frage stellte: „Wächst du nicht mit mir den dornigen Lebensweg teilen?“

Sie wurde ernst. Denn eine Ehe ist trotz allem eine ernste Angelegenheit.

„Gut!“ sagte sie, „ich bin einverstanden. Aber ich fordere von dir als Frau dieselbe Freundlichkeit, die du mir als der Fremden bewiehest.“

Und, beim Teufel, ich behandle sie wie eine Fremde. Ich klopfte an die Tür, wenn sie Wäsche hat und begab mich daran zu gewöhnen, daß eine Frau vom alten Typ heute absurd ist.

(Deutsch von Leo Roszka.)

H. Leonard: 100 Jahre „Faust“

Am 19. Januar sind 100 Jahre vergangen, seit Goethes „Faust“ am Hoftheater in Braunschweig die Uraufführung erlebte.

Während der Straßburger Studentenzelt vertiefte sich Goethe in die Urquellen deutscher Volksgeschichte, Volkslied und Volksfabel. Zwei Gestalten traten ihm näher; Götz von Berlichingen und Faust. Schon regte sich in ihm der gewaltige Drang, diese Gestalten zu Helden seiner Dramen zu machen. Aber ihm fehlte noch die Weltkenntnis, den Faust, wie er sagt, „in das handelnde Leben zu stellen“. Die Sturm- und Drangjahre, Jahre tiefer Selbsterkenntnis und persönlichen Erlebens ließen ihn die eigene Seele erkennen. Im genialen Wurf gelang es ihm, aus dem tiefen Drang nach der Natur deutscher Vergangenheit im Faust das uralte Problem der Erfindung der Menschheit zu gestalten. Als Goethe am 7. November 1775 in Weimar eintraf, las er nach Ende des Monats seinen „halbfertigen“ Faust vor. Sein Faust begleitete ihn durch alle Phasen seines Lebensweges. Im Frühjahr 1801 war der erste Teil der Tragödie beendet. Aber noch sieben Jahre sollten vergehen, bis der Faust 1808 als Buch erschien. Einige Bruchstücke erschienen zur Ostermesse im „Cottischen Morgenblatt“.

Wieder sollten 21 Jahre vergehen, bis die gewaltige Tragödie über die Bühne ging. Goethe selbst hatte den Faust nicht als Bühnendichtung geschrieben. Doch sah der Generaldirektor des Braunschweiger Hoftheaters, August Klingemann, den Plan, den Faust für die Bühne zu bearbeiten. Goethe selbst hat der Aufführung nahe gestanden, aber die Aufführung nicht begünstigt, wie er zu Klingemann schreibt: „Meine Werke sind im Druck erschienen und Gemeingut des Publikums geworden. Ich füge hinzu, daß ich mich seit langer Zeit nicht mehr um das Theater bekümmere, machen Sie daher mit meinem Faust, was Sie wollen.“

Schon November 1828 waren die Vorarbeiten in vollem Gange. Am 19. Januar 1829 ging die Uraufführung vor sich. Klingemann hatte den Faust in sechs Abteilungen gegliedert. Klingemann strich die Vorspiele, die Walspurgismacht, die Sturmzygne und Gretchen am Spinnrade, um das lyrische Intermezzo als undramatisch auszuschalten. Dem Monolog der Osternacht fehlte der Chor der Jünger und der Engel; der Gesang der Geister in der Patkizene war durch einen Tanz ersetzt. Die Haupt- und Nebenrollen waren mit den besten Kräften besetzt. Den Faust spielte Schüh, den Mephisto Marr, Margarete Madame Berger, Valentin Kettel, die Martha Klingemanns Gattin.

Ueber die Aufführung, die vier Stunden dauerte, liegen einige Berichte vor. Die damals in Braunschweig erscheinende „Münsterzeitung“ für gebildete Stände“ nennt den Erfolg der Aufführung „sehr gut“. In der Dresdener „Abendzeitung“ vom 29. Januar 1829 schreibt der Kritiker von einem „gedrängt vollem Hause und von glänzenden Erfolgen“. Schüh als Faust habe seine schwere Aufgabe „mit Meisterhaftigkeit gelöst. Unerforschlich blieb seine Kraft bis zum Schlusse“. Marr als Mephisto hat seinen „bedeutenden Ruf glänzend gerechtfertigt“. Das Gretchen der Madame Berger nennt er „ein liebliches Gebilde von Anmut und Innigkeit“, und Madame Klingemann spielt aus „Achtung vor dem Meisterstück die Rolle der alten Nachbarin und sie habe diese Rolle ergötlich im Sinne des Dichters gegeben“. Der Kritiker prophezeit „wie unrichtig die Behauptung, eine Aufführung des Gedichtes sei unmöglich, wir prophezeien mit voller Ueberzeugung, daß Goethes Meisterwerk noch viele hundert Darstellungen erleben wird“. Klingemann erstattete am 28. Januar 1829 dem Dichter einen Bericht über die Braunschweiger Aufführung, besonders über Marrs weltmännische Auffassung des Mephistopheles.

Die Klingemannsche Bühneneinrichtung wurde von den größten Bühnen bezeugt. Die nächste Aufführung fand am 8. Juni 1829 in Hannover statt, dann folgte Stuttgart. Unter Ludwig Tiecks Leitung wurde Faust in Dresden am 29. August und in Leipzig am 28. August 1829 aufgeführt. Die Vaterstadt Goethes, Frankfurt a. M., und Weimar brachten die Aufführung in acht Abteilungen, verwendeten aber Klingemanns Einrichtung.

Hundert Jahre sind verfloßen, seit diese größte deutsche Geistes- schöpfung und Menschheitsbedeutung sich die Bühne eroberte. Dankbar wird die Kulturwelt sich der Tat Klingemanns erinnern und der Aufführung gedenken.

Auf Robinsons Eiland

Die Insel, auf der Defoes unsterbliche Geschichte von Robinson Crusoe spielt, hat die Sehnsucht unzähliger Leser erweckt, die sich fern von der Unrast unseres Lebens nach einem einsamen Erdeneck hinarbeiten, wo der Mensch in einem glücklichen Klima, nur auf sich selbst angewiesen, reiche Nahrung findet und so gleichsam den Weg der Menschheit von neuem beginnen kann.

Dieses Eiland Robinsons befindet sich noch heute ungefähr in dem Zustand, in dem es war, als das Urbild des berühmten Romans, der Matrose Alexander Selkirk dahin verschlagen wurde. Freilich, ganz so abgeschlossen von der zivilisierten Welt ist die Insel Mas-a-Tierra nicht mehr, die größte unter den drei Inseln der Juan-Fernandes-Gruppe, in der man heute mit Sicherheit den Schauplatz der Robinson-Geschichte sieht.

Ein deutscher Gelehrter, Dr. B. Schmitt, hat sich jetzt längere Zeit auf der Insel aufgehalten, um das überaus reiche und noch kaum erforschte Tierleben in den Gewässern um die Inseln zu studieren. Von seinen Beobachtungen erzählt er in einer Londoner Wochenchrift. Defoes war von den Abenteuern Selkirks, der vier Jahre und vier Monate auf der Insel verbrachte, durch Briefe und Aufzeichnungen des Matrosen unterrichtet, aber seine geographischen Angaben sind nicht ganz genau, und bisweilen nahm er seine Phantasie zu Hilfe. So gab es z. B. keinen Mann namens Freitag auf der Insel, und niemals haben Menschenfresser das Eiland während Selkirks Aufenthalt besucht. Im übrigen aber lagen dort noch dieselben grünen, reich bewaldeten Täler, die sich an lieblichen Flüssen entlang ziehen. Die Gewässer liefern eine Unmenge von Fischen, der Küchengarten spendet alle nur erdenklichen wohlschmeckenden Pflanzen, und die wilden Jäger bieten nicht nur einen köstlichen Braten, sondern man kann sie auch zähmen und von ihnen Milch, Butter und Käse erhalten.

„Die wenigen Einwohner, die die Insel heute hat, wohnen an der Ostseite der Insel zwischen den hohen Bergen und dem Meer. Sie sind fast alle Fischer, und die riesigen Hummern, die sie fangen, sind ein Vederbissen ersten Ranges. Aber sie sind sofort bereit, ihren ganzen Fang dem Kapitän eines Schoners gegen einige Nahrungskonserven auszuhändigen, da sie dieser Genüsse überdrüssig sind. Das Leben verläuft in stiller Stille, und der kleine Laden des Dorfes ist nur zweimal die Woche geöffnet. Die Hauptsprache unter den Bewohnern der Insel ist spanisch. Der Rundfunk hat jetzt auch ihnen seinen Weg gefunden.“

Die Umdrehungszeit der Venus

Nicht lange nach Sonnenuntergang, noch während der hellen Dämmerung, sehen wir jetzt am südwestlichen Himmel den herrlichen Abendstern aufleuchten, dessen Glanz desto heller und prächtiger wird, je mehr die Dunkelheit zunimmt. Da er der Sonne nachfolgt, geht er auch nicht lange nach ihr unter; allerdings nimmt seine Elongation oder Entfernung von der Sonne am Himmel gegenwärtig zu, so daß wir ihn zu Ende des Monats immerhin fast vier Stunden lang leuchten sehen und verfolgen können. Dieser Planet, der den Namen Venus erhalten hat, kommt auf seiner Bahn um die Sonne von allen großen Weltkörpern der Erde am nächsten, er kann sich ihr bis auf 40 Millionen Kilometer nähern, also beträchtlich mehr als der rötlich strahlende Mars, der es nur auf 55 Millionen Kilometer zu bringen vermag. Trotzdem sind die Oberfläche und die sonstigen Verhältnisse dieses roten Kriegerplaneten — die Sterngläubigen hielten und halten ihn für ein Unheil verkündendes Gestirn — bedeutend besser erforscht, als es bei der nach der lieblichen Liebesgöttin benannten Venus der Fall ist.

Für die Beobachtung eines Planeten spielt seine Entfernung natürlich eine erhebliche Rolle; je näher er sich an der Erde befindet, um so genauer lassen sich Einzelheiten auf seiner Oberfläche feststellen. Wenn wir trotzdem von der Oberflächengestaltung der Venus so gut wie gar nichts wissen, während wir vom Mars geradezu geographische Karten besitzen, so liegt das daran, daß die Atmosphäre oder gasige Hülle des Mars äußerst dünn ist und stets eine gute Durchsicht auf den Körper des Planeten selbst gestattet, während die Hülle der Venus so dicht und dunstig ist, daß die eigentliche Oberfläche des Gestirns niemals erblickt werden kann. Daher kann auch die Umdrehungszeit bei dem ersteren sehr genau bestimmt werden, sie beträgt 24 Stunden 37 Minuten 23 Sekunden, etwa so viel wie bei der Erde, während über die Umdrehungszeit der Venus unter den Himmelforschern die größte Unklarheit herrscht. Es liegt das daran, daß dieser Planet im Fernrohr immer nur kurze Zeit bei vorgeschrittener Dämmerung beobachtbar ist, bei Tage und bei heller Dämmerung verwischt die leuchtende Lusthülle der Erde die zarten hellen und dunklen Flecke, die er bei größerer Dunkelheit zeigt, wo er aber schon tief in der Nähe des Horizonts steht.

Zuerst erblickte vor etwas mehr als 200 Jahren Cassini solche Flecken immer fast an derselben Stelle, woraus er auf eine derjenigen der Erde fast gleiche Umdrehungszeit von 24 Stunden schloß. Aber vor 50 Jahren machte der berühmte italienische Astronom und Marsforscher Schiaporelli darauf aufmerksam, daß die beobachteten Erscheinungen sich ebensoviele erklären lassen, wenn der Planet der Sonne stets dieselbe Seite zukehrt, wie es auch beim Mond der Erde gegenüber der Fall ist, daß also die Venus volle 225 Tage zu einer Umdrehung um ihre Ase braucht. Bis zum heutigen Tage sind die Meinungen darüber geteilt, ganz hervor- ragende Beobachter treten für eine kurze Umdrehungszeit ein, wobei allerdings nicht an 24 Stunden festgehalten wird, die Angaben

schwanken vielmehr zwischen zwei Tagen und acht Tagen, aber ebenso hervorragende und sorgsame Forscher halten an der 225tägigen Umdrehungszeit fest.

In neuester Zeit sind nun von dem amerikanischen Astronomen Frank E. Ross (nach der Zeitschrift „Das Weltall“) photographische Aufnahmen der Venus in verschiedenartigem Licht gemacht worden, wobei die Aufnahmen in ultraviolettem Licht am besten die Einzelheiten hervorzuheben lassen. Wäre es möglich, solche Aufnahmen über etwa acht Stunden ununterbrochen auszubilden, so würde man vermutlich das Rätsel der Umdrehungszeit der Venus sehr bald durch das Studium solcher sorgfältigen Aufnahmen gelöst haben. Aber weil sie immer nur kurze Zeit hintereinander gemacht und erst nach 24 Stunden wiederholt werden können, kann die Frage noch nicht als entschieden gelten. Immerhin haben diese Aufnahmen manche Schlüsse über die Vorgänge in der Venusatmosphäre gestattet, in der weit heftigere Stürme als in unserer irdischen Lusthülle zu herrschen scheinen. Diese lebhaften meteorologischen Vorgänge in der Venushülle sind mit einer sehr langsamen Umdrehung von 225 Tagen nicht gut zu vereinigen, während spektroskopische Beobachtungen gegen eine sehr kurze Umdrehungszeit sprechen. Ross schließt aus seinen Ergebnissen auf eine Umdrehungszeit von etwa 30 Tagen, die er auch mit allen sonstigen Beobachtungen für verträglich ist das Rätsel der Umdrehungszeit der Venus allerdings auch jetzt noch nicht gelöst, doch ist zu hoffen, daß es in naher Zukunft der Fall sein wird, wenn die photographischen Beobachtungen nach der Reichweite von Ross gleichzeitig in Amerika und in Europa in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Dr. Bruno Borchardt.

Wetterprophet in Tibet — ein gefährlicher Beruf. „Kagapos“, so schreibt der bekannte Tibetforscher Charles Bell in seinem unter dem Titel „The People of Tibet“ kürzlich erschienenen Buch, heißen die tibetanischen Magier, denen man außer anderen übersinnlichen Eigenschaften auch die besondere Macht nachrühmt, das Hagelwetter zu bannen. Deshalb hat auch die tibetanische Regierung zwei dieser Zauberer angestellt, die dafür zu sorgen haben, daß Chassa und die Ebene bei der Hauptstadt vom Hagel verschont bleiben. Als Entlohnung ihrer Dienste gewährt man diesen im staatlichen Wetterdienst beschäftigten Beamten kleine Landparzellen zu eigener Bewirtschaftung. Auch die Bauern sichern sich die Dienste eines Kagapos, um das Hagelwetter von ihren Feldern fernzuhalten; sie zahlen ihm dafür einen Jahresbeitrag in Gestalt eines geringen Anteils an der Getreideernte. Kommt trotzdem der Hagel so wird dieser Anteil von den getauften Bauern einbehalten. Will es aber das Unglück, daß die Hagelförner gar auf die Residenz des Dalai Lama auf dem Berge Potala in Chassa, auf das bei der Hauptstadt gelegene, als „Juwelenpar“ bekannte Landhaus des buddhistischen Oberpriesters oder den großen Tempel in Chassa, den „Tut Ra Kang“, niederfallen, so haben die für Chassa und Umgegend verantwortlichen beiden Kagapos strenge Bestrafung zu erwarten.“

8 METROPOL-THEATER **GR. SCHAUSPIELHAUS 8**

Luftige Witwe **Casanova**

mit **FRITZI MASSARY** **ALFRED JERGER**
Max Hansen Emmy Sturm

Elster, Jankuhn, Schöffers, Junkenmann, Marquitta Sisters, Beauty Girls, Jackson Boys

Zwei Charell-Inszenierungen

In beiden Theatern Sonntag Nachm. 3 Uhr ungek. Vorst. halbe Preise

Reklame Ball im Zoo
19. Januar, 21 Uhr

Das Kostümfest der Reklamefreunde und Künstler
(Zauberhafte Stoffdekorationen, von ersten Künstlern entworfen)

TANZKAPPELEN:
Dajos Béla / Dr. Becca / Otto Kernbach
Waintraub Syncopators / Frederic Band
70 Künstler unter persönlicher Leitung ihrer Dirigenten / 5 Dechstein-Flügel

SECHS SPENDEN DIE DAMEN ERHALTEN:
Eine Festpackung „NESTLE'S PRALINEN-AUSLESE“, „MAGIC-COMPACT“ - die elegante Golddose mit Festpacker, Spiegel und Quaste / 1 Packung GODET-PARFUM und weitere Spenden
Tombola für die Damen kostenlos!

DIE HERREN ERHALTEN:
Eine Festpackung der neuen Bergmann-Zigarette „GILDEHOP“ und den künstlerischen Festalmanach der Graphischen Anstalt OTTO ELSNER, Berlin S 42

SAALKARTEN Rm. 10,- im Festbüro Unter den Linden 39/41, an den Theaterkassen von Wertheim, bei Bots & Bock, Leipziger Straße 37 und Tauentzienstraße 7b, im Vor-Haus, Potsdamer Straße, bei Twardy, Potsdamer Straße 17 und im Zoo, Budapester Straße 9

LOGENKARTEN Nr. Rm. 15,- nur im Festbüro Unter den Linden 39/41 (Zentrum 11/95)

TISCHBESTELLUNGEN (Platz Rm. 3,-) nur im Zoo (10 bis 4 Uhr) Budapester Straße 9 (Kartenservice)

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Das Mühl aus der Vorstadt
Regie: Jürgen Fehling

Theater am Seidewasserdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Winter Garten
8 Uhr
Kocher erluchtet
Drei Codonas
und weitere Varieté-Neuheiten
sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr, 3^o kleine Preise.

Am 17. Januar verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden völlig unerwartet unser langjähriger Angestellter, Freund und Kollege

Rudolf Behrend

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verliert in ihm einen treuen Kameraden von aufrichtigem Charakter, der stets das Beste für die Organisation und seine Kollegen hergab. In stiller, aber eifriger Arbeit hat er gezeigt, daß ihm die Arbeiterbewegung alles war und hat er dieser in treuer Pflichterfüllung bis an sein Lebensende gedient.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Engere Ortsverwaltung und die Angestellten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Verwaltungsstelle Berlin.

Termin der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Thalia-Theater
8 Uhr
Oelrausch

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Ist er gut - Ist er böse?

Deutsches Theater
Norden 12.310
8 Uhr, Ende 10¹⁵ U.
Die Verbrecher
Schauspiel von Ferdinand Brückner
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Bismarck 2414/7311
8¹⁵ Uhr, Ende 10¹⁵ U.
„Olympia“
von Franz Molnar
Regie: Forster Larinaga.

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße W.
Dönhoff 170
Täglich
8 Uhr 8 Ubr
3 X Hochzeit
(Able's Irish Rose)

Garnowsky-Bühnen
Theater in der Königsgrün Straße
8¹⁵ Uhr
Revolution im Erziehungsheim
Schauspiel von P. M. Lampel.

Th. am Seidewasserdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valett, Ander, Gerron, Schaufuß, Köhl, Lvovskl.
Sonntag 23¹⁵ U.
Orpheus
von Jean Cocteau.
Bahn, Koppenhöfer, Mühl und H. Lang.

HALLER-REVUE
„Schön und schön“
Fr. im Admiralsplatz
Täglich
8¹⁵ Uhr

Sonntag
Vorstellung
1 Uhr u. 8¹⁵ Uhr. Nachmittags ein ganz besonderes, in halben Preisen

Komödienhaus
8¹⁵ Uhr
Das Gold auf der Straße
Nacht v. Bernauer u. Oesterreicher

Zentral-Theater
10¹⁵ Ubr. bis 11¹⁵ Ubr.
Täglich 8¹⁵ Uhr
Ich küsse Ihre Hand, Madame
Ein Spiel von Liebe und Lenz mit dem berühmten Schläger
Rundfunkhörer
Pa 10c Preise

Kammerspiele
Norden 12.310
8, Ende nach 10¹⁵ U.
„Seben erschienen“
Komödie von Edouard Bourdick
Regie: Forster Larinaga.

Rosa-Theater
in Joachimstr. 11.111
4 Uhr
Der Rache
8¹⁵ Uhr
Mädi

Theater am Nollendorfplatz
Dir. Bruck
Täglich 8 Uhr
Jeffchen Geberl
Singspiel von Walter Kolff

Ostsch. Künstler-Th.
8¹⁵ Uhr
Der Zinker
v. Edgar Wallace
Liedt. H. H. H. H.
Preise 1-10 Mark

Salzburg-Opern
Lassing-Theater
8 Uhr
Katharina Kain.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß unser Vorstandsmitglied, Kollege

Max Schmidt

Kraftdroschkenführer, im Alter von 81 Jahren am 15. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 21. Januar, 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Deutscher Verkehrsbund.
Abt.: Reichsverband der Berufskraftfahrer.
Der Vorstand.

Vergessen Sie nicht
beim Einkauf von Früchten

Jaffa-PALASTINA

Jaffa-Äpfelsinen

PARDESS-KAMEL MARKE
ES SIND DIE BESTEN

wohl schmeckend, nahrhaft, süß, kernlos, groß u. saftig

In allen Obst- u. Feinkosthandlungen zu haben, sonst weist Bezugsquellen nach:
Westindia Bananen-Vertrieb G. m. b. H.
Zweig Niederlassung:
Berlin, Neue Friedrichstraße 79
Fernsprecher: Berolina 933

Am Sonntag, dem 18. Januar, früh 7¹⁵ Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Christine König
geb. Joost
im 75. Lebensjahr. Dies zeigt im Namen aller trauernden Hinterbliebenen tiefbetrubt an

Erich König.
Berlin O 24, Gen 14. Januar 1928.
Kopernikusstr. 16.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Sonntag, d. 18. 1.
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 17
19 Uhr
Rosenkavalier

Sonntag, d. 19. 1.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus 1
19¹⁵ Uhr
Othello

Städt. Oper
Am Pl. d. Republik.
R.-S. 23
19¹⁵ Uhr
Carmen

Städt. Schauspiel
an Unterarmen
A.-V. 17
20 Uhr
Oedipus

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
Ist er gut - Ist er böse?

Theater des Westens
Täglich 8¹⁵ Uhr
Franz Leders
triumphaler Erfolg!

Friederike Käthe Dorich
Hans Felix Holzmann,
Karl Mühl, Zimberg, Rex, Giffier,
Danz, Belperrmann.
Vormerkmale wunderbar.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Teleph. Steinplatz 961 u. 7108.

SCALA
8 Uhr u. 5 Barbara 9255
Nur wenige Tage

Argentinita
und der große Januar-Prgr.
Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr - 3^o zu ermäßigten Preisen das ganze Programm

Komische Oper (8¹⁵ U.)
Nach erfolgreich. Umarbeitung:
Paradies der süßen Frauen!
Sonntag 8¹⁵ Uhr
Volständigste Vorstellung
zu halben Preisen
Parkett 4,50, Rang 2,50 M.

8¹⁵ Uhr **CASINO-THEATER** 8¹⁵ Uhr
Lothrinver Straße 37.
Nur noch wenige Aufführungen
August, die Kanone!
Dazu das hervorrag. Januar-Prgr.
Für unsere Leser Gutschein für 1-4 Pers.
Fasteil nur 1,15 M., Sessel 1,65 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 2,40 M.

Renaissance-Theater
Tel. Steinplatz 901 u. 2382/94.
Täglich 8¹⁵ Uhr
„Das große ABC“
Regie: Gust. Hartung.

Reichshaus-Theater
Abends 8¹⁵ Sonntag nachm. 3¹⁵

Sieffiner Sänger
Das neue Januar-Prgr.
Nachm. halbe Preise,
volles Programm.
Dönhoff-Brett:
10 große Nummern!
KONZERT - TANZ!

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäßig. Preise)

Elite-Sänger
DIE JANUAR-SENSATION:
Volkspreise: M. 3, 0,50 b. 2,00, Logen 2,50

Planetarium am Zoo
Verlag, Juchaczower Str.
No. 157e
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Winter
18 Uhr
Mars und seine Rätsei
20 Uhr
Werden u. Vergehen d. Sterne

NEUE WELT
Arnold Scholz
Hasehaide 108/14

Großes Bockbierfest
in den bayr. Alpen
und GROSSER ALPENBALL
7 Kapellen - Neue Dekorationen - 40 bayr. Madeln.
Eintritt 6 Ubr. Anfang 7 Uhr.

Hoffnung
Bekleidungs-Industrie G. m. b. H.

Brunnenstraße 188-190, am Rosenthaler Platz
Ein großer Posten

Winter-Ulster
Paletots, Joppen und Anzüge
enorm billig

Sportbekleidung aller Art beste Ausföhr. sehr preiswert
Ireneh Coats-, Gummi- u. Lodenmäntel in groß. Auswahl

Windjacken für Damen u Herren
in guten Qualitäten besonders preiswert

Elegante Maßanfertigung

Pullover, Herrenstr. Gwosten, Oberhemden
und Unterwäsche zum Teil bedeutend unter Preis

Berufskleidung für jeden Beruf
Fahnen und Ausrüstungsgegenstände
für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Nachruf.
Am Montag, dem 15. Januar, verschied nach langem und schwerem Leiden das langjährig. Berlinbewohnende

Max Schmidt
im Alter von 81 Jahren.
Er hat 24 Jahre für das Wohlwollen der Rasse und der Angehörigen mit seiner ganzen Kraft und Persönlichkeit eingesetzt.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Angehörigen der Innungsbrüderkasse der Innung vereinigter Deutschebesteller Groß-Berlins.

Nachruf.
Nach langem (demer. Leiden) verschied am 15. Januar das Mitglied unseres Borchandes, der Kraftwagenführer

Max Schmidt
im 81. Lebensjahre
Durch sein reges Interesse, welches er für alle Gebiete unseres Brantentoffenwesens zeigte, erntete mit ihm u. Hinterbliebenen für uns ein großer Beifall.
Wir werden ihm ein treues und warmes Gedenken bewahren.
Innungskassenkasse der Innung vereinigter Droschkenbesteller Groß-Berlins.
Der Beifall: Eugen Joest, Carl Der Wolfsh; Richard Brügel, Carl

Polster- u. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)
100 Jahre
Gültungs-, Rabat- u. Beklamerken gegen Nachahmung gesetzl. geschützt. seit 45 Jahren als Spezialität.
Conrad Müller
Leipzig - Schaubauhof bringt ERFOLE!

Justizpalast
Friedrichstr. 23b
Bergmann 2922/23
Täglich 8¹⁵ Uhr
Guido Thielscher
in
Weekend im Paradies
Inferieren